

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Vollständigkeits-Nr. 4069, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 148.

Sonntag den 26. Juni 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und Die „Neue Welt“.

380 000 zu 480.

Zu Wien ist dieser Tage ein Prozeß zu Ende gegangen, der wieder einmal einen tiefen Einblick in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft zu tun gestattet. Angeklagt war der frühere Generalagent Ernst Salomon Agai zu Wien wegen Falschbildung, neben ihm aber auf der Anklagebank saß die große Berliner Versicherungsgesellschaft „Viktoria“, die als „Volksversicherung“ in den Kreisen der Arbeiter und kleinen Leute wohl bekannt ist.

Herr S. Agai, der Ankläger der „Viktoria“, ist gerade keine sympathische Persönlichkeit, kein Mann, mit dem man Staat machen kann. Er stellt den Typus der Revolverjournalisten dar, der auf Wiener Boden besonders gut gedeiht; im Prozeß kamen Dinge zur Sprache, die es als zweifelhaft erscheinen lassen, ob Herr Agai die Rolle des öffentlichen Anklägers, des Hüters der öffentlichen Moral weiter gespielt hätte, wenn die „Viktoria“ sich zur Zahlung eines Schweigegeldes verstanden hätte. Aber durch die Verneinung von 28 Anklagepunkten haben die Geschworenen zu erkennen gegeben, daß die Kritik des Herrn Agai in sehr vieler Beziehung durchaus berechtigt ist und haben damit neben der Verurteilung Agai's zu einem Monat einfachen Arrest die Verurteilung der Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ ausgesprochen.

Und dazu hatten sie allen Grund. Zwar was Herr Agai an der Höhe der Prämien für die Volksversicherung auszuweisen hatte, daraus kann man, so schlimm es ist, der Leitung der Gesellschaft nicht einen direkten moralischen Vorwurf machen. Eine Versicherungsgesellschaft ist keine Wohlthätigkeitsanstalt“ erklärte der Direktor der beleidigten „Viktoria“ im Gerichtssaale. In der kapitalistischen Ordnung ist die Versicherungsbranche ein Geschäft, wie jedes andere, in dem nach kapitalistischen Grundsätzen verfahren wird. In Folge dieser schönen Grundsätze wird die Versicherung dem Arbeiter und dem kleinen Manne unverschämlich viel teurer, als dem Besitzenden. Die Prämienhöhe einer gewöhnlichen Lebensversicherung und der sogenannten Volksversicherung, der Versicherung des kleinen Mannes, neben einander gehalten, zeigen das auf's Eklatanteste. Aber was will man? Die Direktion der „Viktoria“ kann darauf verweisen, daß ihr bei den Volksversicherten größere Kosten erwachsen, als bei denen, die eine regelrechte Lebensversicherungspolice erwerben und alljährlich ihre Hunderte glatt auf den Tisch zahlen. Bei der Volksversicherung werden die Beiträge allwöchentlich oder doch monatlich aus dem Hause geholt. Das macht Kosten, und da die „Viktoria“ keine Wohlthätigkeitsanstalt ist und keine Veranlassung hat, jemand etwas zu schenken, so nimmt sie höhere Prämien. Die Volksversicherung kennt auch keine ärztliche Untersuchung, wie die gewöhnliche Lebensversicherung, sie muß mit größerer Sterblichkeit rechnen, also erhöht sie die Prämienhöhe. Die Volksversicherung wird so zur letzten Versicherung — wie überall in der heutigen Ordnung, bezahlen die Arbeiter und kleinen Leute für ihre Bedürfnisse weit mehr als die Reichen. Wenn in dieser Beziehung der Prozeß etwas gelehrt hat, so das eine, daß der Staat die Versicherung nicht der Ausbeutung von Kapitalisten überlassen dürfte, am allerwichtigsten die Versicherung der Nichtbesitzenden.

Das, was den Prozeß zu einer bösen Brandmarke der Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ gemacht hat, ist etwas anderes: Wie ein großes Panama sinkt es uns entgegen, wenn wir diesen Teil der Beweisaufnahme des Näheren betrachten. Das sind die Feststellungen über die Gehälter die die „Viktoria“ ihren Angestellten zahlt. Die Feststellungen ergaben ein System unerhörter Bereicherung der höheren Beamten und jämmerlicher Entlohnung der unteren Beamten, das einfach himmelschreiend ist. Der Berliner Generaldirektor Otto Gerstenberg, der als Zeuge auftrat, mußte zugeben, daß er an Gehalt 120 000 Mk., an Lohntime 260 000 Mk., zusammen also 380 000 Mk. jährlich beziehe. Das Mindestgehalt der Angestellten bezifferte Generaldirektor Gerstenberg mit 75 Mk. monatlich und fügte hinzu, daß es sich „im Laufe der Jahre entsprechend erhöht“.

Daß ein solches Mißverhältnis, wie das des Herrn Gerstenberg, wozu noch die Lohntime der „Ausführenden“ kommen, über deren schwere Arbeit die letzten Praxishahre so mancherlei böse Dinge enthüllt haben, die Höhe der Prämienhöhe beeinflussen muß, den Arbeitern und kleinen Leuten die Versicherung verteuert, ist ohne weiteres anzunehmen. Freilich, wenn man das Gehalt des Herrn Gerstenberg kürzte, so würde für die Versicherten doch wohl nichts übrig bleiben, sofern man nämlich die Gehälter der unteren Angestellten zu einer Höhe brächte, die ein menschenwürdiges Dasein zu führen erlaubt.

Uebrigens sind 75 Mk. noch nicht einmal der Minimallohn der Angestellten bei der „Viktoria“. Einer der alljährlichen Angestellten der Gesellschaft, der es also wissen muß, teilte der „S. A. B.“ mit, daß die jungen Schreiber

nur 40 Mk. pro Monat bekommen. Die Gleichung lautet also, wie oben: 380 000 zu 480!

Das sind spezifische Laster der „Viktoria“, die außerordentlich aufreizend wirken. Aber das ist noch nicht alles. Ganz eigentümlich ist der „Viktoria“ eine schamhafte Agentenwirtschaft, die auf der einen Seite die Kauttionen aufsticht, auf der anderen aber nichts weniger als eine öffentliche Gefahr darstellt, indem sie die unbezahlten Agenten auf die Bevölkerung geradezu losläßt und die Leute zur Versicherung veranlaßt, die vielleicht schon die Prämie der nächsten Woche nicht bezahlen können. Die erbitternde Höhe der sogenannten Storni (d. h. der Polizen, die versinken, weil die Beiträge nicht rechtzeitig gezahlt wurden), die im Prozeß zu Wien als für Wien eigentümlich festgestellt wurde, ist nicht, wie der gar zu einsichtige Präsident meinte, bloß aus dem österreichischen Volkscharakter zu erklären, sondern mehr aus dem tüchtigen System der Gesellschaft, die das Agentenheer mit der Hungerpeitsche antreibt, Geschäfte um jeden Preis zu enterieren, die zur Versicherung nicht werben, sondern verführen und verlocken läßt. Es wäre interessant und lehrreich, einmal die Zahl der Storni von Wien mit denen großer reichsdeutscher Städte zu vergleichen. Es würde sich da wohl zeigen, daß mehr als der Volkscharakter das System an den Storni die Schuld trägt.

Die Härte, die Genauigkeit, womit dabei von der „Viktoria“ die Versätkelungen der Polizen betrieben werden, steht in so scharfem, schneidendem Gegensatz zu der Liberalität, womit sich Aufsichtsräte und das Generaldirektorat behandeln, daß keine sachmännischen Versicherungen, es sei überall so oder ähnlich, die Erbitterung verschweigen können, die schon der bloße Vergleich hervorruft. Groß mag das Geschäft der „Viktoria“ wohl sein, und daß sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann, wird nicht bezweifelt, aber sicher ist, und darüber vergißt man unwillkürlich die Motive des Herrn Agai, daß es nicht mit lauterem Mitteln zusammengebracht wurde und daß in den Ziffern der glänzenden Bilanzen viel Unheil versteckt ist, das die Arbeiter und kleinen Leute traf, die bei der „Viktoria“ versichert hatten. Und das Gebahren der Gesellschaft trägt daran die Hauptschuld. Nur mit einem Expreß konnte die „Viktoria“ das Ringen im Gerichtssaale wagen und auch mit diesem ist es ihr übel bekommen.

Für Wien, für Oesterreich, wo ja noch immer keine staatliche Alters- und Invalidenversicherung besteht, ist das Ergebnis des Prozesses von ganz besonderer Bedeutung. Es liefert unseren Genossen wichtige Argumente für ihre Forderung nach der staatlichen Arbeiterversicherung für Alter und Invalidität.

England und Japan.

Auf dem Kriegsschauplatz in der Mandchurie drängt alles auf eine Entscheidungsschlacht in der Nähe von Tschitsiao an der Eisenbahnlinie Liaojang—Port Arthur hin. Wie dem „Berl. Tagbl.“ aus Petersburg gemeldet wird, sehen die Japaner unaufhörlich ihren Vormarsch von Süden und Osten fort, um Tschitsiao von zwei Seiten anzugreifen und die Russen zurückzudrängen. Sobald die Vereinigung der Armeen Kuroki und Oku vor Tschitsiao erfolgt ist, dürfte eine größere Schlacht auf einer Front von 50 Kilometern erfolgen, falls nicht Regenwetter die Operationen der Japaner lahm legt. Die Russen schicken Verstärkungen vor. Die Divisionen Kennentampes, Mitschigentschi und Samsonow werden den ersten Stoß auszuhalten haben. Nach weiteren Berichten aus russischer Quelle haben am Abend des 19. Juni die Japaner mit einer Abteilung, die etwa ein Bataillon Infanterie mit einer Eskadron Kavallerie stark war, Wasantun auf der großen Straße nach Liaojang genommen. Eine ebenso starke Abteilung der Japaner besetzte fast gleichzeitig Tschanglindzi im Tale des Tschao etwa 10 Werst nördlich von Fongwangtscheng. Am Dienstag griff, nach Meldungen aus Tokio, eine 4000 Mann starke, aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehende russische Streitmacht Kiangpienmen an, wurde aber zurückgeschlagen und ging bei Sonnenuntergang gegen Schinkailing zurück. Die Russen verloren 5 Tote und 20 Verwundete. Die japanischen Verluste sind noch nicht bekannt. Wie General Sacharow an den russischen Generalstab berichtete, ist nach Meldungen russischer Streifwachen eine bedeutende, aus den drei Waffengattungen bestehende japanische Abteilung aus Sujan nach Chanzy vorgerückt. Am Morgen des 22. Juni beabsichtigten die Japaner in Stärke von etwa einem Bataillon unter dem Schutze des blickten Nebels die Stellung der russischen Vorhut bei Wandstapdia zu überrumpeln. Die russischen Infanterie-Patrouillen stellten jedoch das japanische Vorgehen rechtzeitig fest. Die Japaner zogen sich darauf unter den Salven der russischen Vorhutkompanien mit einem Verlust nach Sujan hin zurück. Wie schließlich sich noch Reiter aus Nutschwang tadeln läßt, werden seit Donnerstag von den Russen täglich vom Stav- flusse neue Verschanzungen aufgeworfen. Die

Chinesen müssen ihre Häuser verlassen, die für die russischen Truppen verwendet werden. Es ist auch eine neue Proklamation erlassen worden, die die Ausfuhr von Lebensmitteln nordwärts von Nutschwang untersagt. Große Truppenkörper sollen unter General Kuropatkin 8 Meilen von Nutschwang stehen, und wie man annimmt, nach Kaitshou zu marschieren.

In Tschifu wurde Freitagnacht und am frühen Morgen abermals ein mehrere Stunden anhaltendes schweres Geschützfeuer aus der Richtung von Port Arthur vernommen; offenbar fand eine neue Beschießung der Stadt durch die Japaner statt. Nach Informationen, die aus Tientsin an das italienische Marineministerium in Rom gelangt sind, nimmt die Belagerung einen völlig normalen Verlauf. Die japanischen Belagerungstruppen rücken in Parallelen täglich einige hundert Meter näher an die Festung heran, wobei sie durch unaufhörliches Feuer ihrer Artillerie gedeckt werden. In Port Arthur selbst hat kaum irgend etwas die Lage verändert. Die Bevölkerung ist ruhig und bei Verteilung der Rationen kommen keine Zwischenfälle vor. Zünftig wurden von den Russen zwei Japaner und fünf Chinesen gefangen. Die Hinrichtung geschah in solcher Weise, daß sie von den japanischen Truppen gesehen werden mußte. Die Justifizierten wurden als Spione gefangen; die beiden Japaner waren wahrscheinlich Ingenieuroffiziere.

Der Kriegskorrespondent Otto v. Götberg von dem „Berl. Bot. Anz.“, der als Journalist aus China in Newyork eintraf, sagte in einer Unterredung, die japanische Armee sei jeder europäischen überlegen, wie denn auch die japanischen Land- und Seestreitkräfte, besonders die Artillerie, den russischen bedeutend überlegen seien. Die amtliche japanische Erklärung, der Mikado wünsche nur ein Protektorat über Korea, hält er für eine diplomatische Ausrede. Alle hervorragenden japanischen Beamten geben zu, das Ziel sei die Angliederung Koreas an Japan.

Politische Mundstücken.

Deutschland.

Mirbach als Schutzhengel. Es regnet Enthüllungen über des Freiherrn v. Mirbach christlichen Wohltätigkeitsbetrieb. Man hat sich auch ehemalsiger Leibjournalist Dr. Leon Leipziger bemüht gesehen, in seiner Zeitschrift „Der Roland von Berlin“ über seine Beziehungen zum „Kabinett Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin“ und dessen Prokuristen mancherlei auszuplaudern. Auch Herr Leipziger hat der guten Sache Opfer gebracht. Er hat in dem „kleinen Journal“, das er früher herausgab, redlich den Sympantismus gepflegt, und bald bemerkt, daß mit dem Patriotismus kein Geschäft zu machen war.“ Die Absonneren flüchteten; dafür kamen Anerkennungsschreiben von Herrn v. Mirbach, Graf Eulenburg, Miguel O., Graf Hülse-Häsel, Lucanus, Freiherrn v. d. Rede und Wosse. Herr v. Leipziger war bei Hofe in der Gunst obenan und brachte es bis zur Erlaubnis, den allerhöchsten Herrschaften ein nicht unbedeutendes Geschenk machen zu dürfen, nämlich zwei Prachtatlase von der Gewerbeausstellung 1896, die ihn zehntausend kosteten. Er nahm Mirbachs Palastreden zu wohlthätigen Zwecken in Verlag und schenkte dem Freiherrn besonders hergestellte Prachtexemplare, die dieser wieder weiter verschien, worauf er Herrn Leipziger immer wieder erluchen ließ, mehr davon zu stiften. Damit waren aber die Anforderungen, die Herr v. Mirbach an seinen Leibjournalisten stellte, noch nicht erschöpft. Herr Leipziger plaudert nämlich weiter: „... als die ersten Enthüllungen über den Sandenschwindel erfolgten, suchte mich einer seiner Beamten in meiner Privatwohnung auf und überbrachte mir den Wunsch Sr. Exzellenz, die Angriffe im „kleinen Journal“ tunlichst zu unterdrücken.“ Seit jener Zeit habe ich nicht mehr den Vorzug gehabt, mit Herrn v. Mirbach persönlich zu verkehren.“ Von Leipziger war freilich sonst nicht so! Sein „kleines Journal“ hat zu den Stipendiaten der Pommerbank gehört. Hat vielleicht Herr v. Mirbach den lästig gewordenen Preßtrabanten abschieben wollen und die Pommerbank angewiesen, ihm den pekuniären Schaden zu vergüten, der ihm aus seinen Beziehungen zum Kabinett erwachsen war? Auf alle Fälle bereichern die Enthüllungen dieses entlassenen Preßbedienten das Bild des frommen Kirchenbauers um einen amüthigen Zug. Der Oberhofmeister der Kaiserin schickte einen Vertrauensmann geheim in die Privatwohnung eines Zeitungsherausgebers, um die Vertuschung von Handlungen zu erreichen, die nachträglich von einem königlich preussischen Gerichtshof als verbrecherisch qualifiziert und mit schwerer Gefängnisstrafe geahndet worden sind! Eine angenehme Wirtschaft! Eine fromme Wirtschaft!

Kolonialdirektor Paasche? Neulich konnten Berliner Blätter zu berichten, in kolonialen Kreisen werde behauptet, daß der Kolonialdirektor Stübel demnächst zurücktreten werde, und daß der Gouverneur von Ostafrika, Graf Söden, für den Posten des Kolonialdirektors anzuersuchen sei. Die „Zukunft“ macht nun von einer neuen Kombination Mitteilung, die sich an den Namen des Abgeordneten Paasche knüpft. Dieser nationalliberale Abgeordnete und Professor soll Herrn Dr. Stübel ersetzen. Er hat das Vertrauen der Landgesellschaften und darf auf die Dankbarkeit des Zentrums zählen, weil er, trotz dem Drängen der national-liberalen Jugendvereine, einen Parteikonflikt in der Volksschulfrage bisher zu hindern vermocht hat. Afrika hat auch er nie gesehen; und weber die Zuckerkonferenz noch seine Weisung in Sachen Kuba hat ihm blühenden Vorbezug eingebracht. Aber die Fraktion, zu deren starken Stützen und Ableitungen er nicht gehört, würde sich natürlich freuen, wieder einmal einen der Ihren in die Regierung bringen zu können. Der lange Röller hat die bescheidenste Hoffnung enttäuscht; und es ist immer ein netter Zeitvertreib, ein Thronchen besetzen zu dürfen. Warten wir geduldig ab, wie schließlich besetzt wird. Wichtigere wäre es aber die Antwort auf die Frage, wer für die Kurzzeitigkeit, deren Opfer die südwestafrikanische Kolonie geworden ist, die Hauptpflicht trägt? Das meinen wir auch.

Die ersten Taten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sind recht vielversprechend. Aus Marburg wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Der Reichsverband verbandte vor kurzem einen Aufruf, in dem er zum Beitritt aufforderte. Ein Kandidat, ein Dr. phil. richteten darauf das gemessene Ersuchen an den Verband, sie nicht mehr mit Beitrittsaufforderungen zu beleidigen, denn die Zustimmung zum Beitritt sei für einen akademisch Gebildeten beleidigend, siehe doch die Sozialdemokratie unendlich hoch über dem Gedankeniveau dieses „Reichsverbandes“. Beide Schreiben überhingen Landrätsliche konservativen „Oberheffischen Zeitung“ zur Veröffentlichung. Das Blatt druckt sie ab unter der Epithete: „Niedriger hängen.“ — Zweifellos waren die beiden Schreiben nur direkte Mittelungen und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Der Reichsverband aber bekämpft, wie man sieht, die Sozialdemokratie zunächst dadurch, daß er Männer, die ihm nicht zu Willen sind, durch Denunziationen zu schädigen sucht. Und ein solches Denunziantengesicht glaubt die Sozialdemokratie „totzuziehen“ zu können? Schwachköpfe!

Die Leidtragenden. Die früher schon in handelsvertragsfreundlichen Kreisen geäußerte Befürchtung scheint sich zu bestätigen, daß in dem neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrag, falls ein solcher zustande kommt, die deutsche Exportindustrie die Zehle zu bezahlen haben wird. Die deutschen Unterhändler haben bisher, wie aus einem von dem österreichischen Delegierten inspirierten Bericht der „N. Fr. Presse“ hervorgeht, jedes Entgegenkommen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Hölle wie auch die Vereinbarung einer neuen Beterinärkonvention nachweg abgelehnt, so daß auch die österreichisch-ungarische Regierung sich im Verlauf der bisherigen Verhandlungen zu keinerlei Zollermäßigungen für deutsche Industrieprodukte verstanden hat. Die großen Interessen der deutschen Industrie, in erster Linie Holzwaren, Maschinen, Lederwaren, Chemikalien, werden also, wenn in Zukunft keine Abänderung eintritt, wie das der österreichischen Regierung sehr nahe liegende Blatt sehr deutlich durchblicken läßt, den agrarischen Forderungen geopfert werden müssen, wenn überhaupt ein Handelsvertrag zustande kommen soll. Ja bei den Kreisen der deutschen Exportindustrie hat man, so bemerkt die „N. Fr. Presse“, einen solchen Ausweg der Handelsvertragsverhandlungen schon jetzt einziger Zeit beschränkt. Es möchte schon tragisch wirken, daß die offizielle deutsche Presse in der letzten Zeit sich immer zuverlässiger über das Japanabkommen neuer Handelsverträge geäußert hat. Nicht auf dem formalen Abschluß neuer Verträge kommt es aber an, sondern auf ihren Inhalt und ihren Nutzen für die Gesamtheit der Bevölkerung; und da bestätigen die Andeutungen des Wiener Blattes leider nur die Befürchtung, daß die deutsche Industrie in dem neuen Vertrage schwerlich ihre Rechnung finden wird.

Der 32. Deutsche Herztag ist Freitag, bei sehr zahlreicher Beteiligung, in Kopsch eröffnet worden. Nach sehr lebhafter Debatte wurden einstimmig Resolutionen zu Gunsten der wirtschaftlichen Organisationen der Karte, für eine freie Kartografie bei den Kartographen und für die Abschaffung der Kartografie der am niedrigeren Karte vor Uebernahme einer Kartografie geübt, und dann die weiteren Verhandlungen auf Sonntag verlegt. Ueberrasschend scheint es in dem offiziellen Kommando ziemlich für mich zu stehen. Man beachtet vornehmlich der „Frankf. Hg.“ über folgende Items: **Erste:** Bei der Diskussion über die freie Kartografie erklärte Dr. Kirberger aus Frankfurt a. M., er ist nicht Sozialdemokrat, obgleich auch das keine Schande wäre. **Zweite:** Seine Herren, hat er sagte Arbeiter, in deren Sie als Sozialdemokraten! **Dritte:** Bei jeder Karte haben sich sämtliche Kap.: „Schick mal, mal!“ **Vierte:** Schick mal, mal! Der Prof. Voelker, Schick mal, mal! und wie die „Unterredung“ Dr. Kirberger in ihrer Abwesenheit sprach. Als Kirberger fortgegangen war, begannen mehrere in der nächsten Gruppe der Besprechung eine ähnliche Kap.: „Schick mal!“ Der Redner verließ darauf die Tribüne. — Die ganze Karte, besonders die des Schick, mögen ihnen Sozialdemokraten sein, aber jene Sätze schenken sie gern!

Neue politische Nachrichten. Das Kriegsgesetz in Dresden vernichtete den Hauptmann von Heben von den Freiburger Jägern wegen Mißhandlung an zwei Mexikaner Gefangenen. — Die die Dresdener „Volkswacht“ aus Landwehr in Schlesien unternimmt, ist das im Jahre 1890 polenländische Bistrieren-Artillerie-Regiment mit seinen großen Gebirgen dem Französischer-Dieben zu einer Niederlegung eingeräumt worden. Die Märsche werden bereits im nächsten Monat ihren Gang nehmen. **Zweite:** In dem in Deutschland! — Die letzten von Kriegsgesetz Louis Freygegebene fünf Offiziere des französischen 116. Infanterie-Regiments, die sich geweigert hatten, bei der Aushebung der Kameraden von dem Kommando abzutreten, wurden vom Kriegsminister

in den Stand der Nichtaktivität versetzt. — Der republikanische Nationalkonvent in Chicago nominierte einstimmig Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten und Fairbanks zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft. — Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten für Handel und Industrie Cortelyou hat sein Amt niedergelegt. — Das „Handelsblatt“ in Amsterdam meldet aus Batavia: In Djohjokarta wurde eine Verschwörung entdeckt. Auf dem Gut Bönding sind drei Personen verhaftet worden, die den heiligen Krieg predigten. Man fürchtet auf holländischer Seite, daß die Verschwörung weitverzweigt sei.

Finland. Zur Ermordung Sobritow erfährt die „Holl. Zeitung“ noch, daß Sobritow auch mit dem Obersten Schaumann, einem Onkel des Attentäters, einen Zusammenstoß gehabt hatte, der dazu geführt hatte, daß der Oberst sowie sämtliche Offiziere seines Regiments ihren Abschied einreichten. Bald darauf habe der Oberst nach 35jähriger treuer Dienstzeit den Abschied ohne Pension erhalten, und durch einen kaiserlichen Erlass sei die Aufhebung des finnischen Dragoner-Regiments, dessen Kommandeur der Oberst Schaumann war, verfügt worden.

Türkei. „Drohender Offiziersstreik“. In Monastir und den benachbarten türkischer Garnisonen drohen die Offiziere und Soldaten mit einem Streik und erklärten, die Kasernen zu verlassen, falls sie nicht bis zum 27. Juni ihre Gehälter und Löhnungen erhalten sollten.

Saiti. Ein Zwischenfall. Als Donnerstag der deutsche und der französische Gesandte in Port-au-Prince eine Spazierfahrt unternahmen, wurden gegen den Wagen Steine geschleudert. Nach einer halbamtlichen Meldung wurde der französische Gesandte durch einen großen Stein am Bein getroffen und hat infolgedessen eine Quetschwunde davon getragen; nach der „Agence Havas“, die ihre Nachrichten von der französischen Regierung zu beziehen pflegt, wurde dagegen keiner der beiden Diplomaten verwundet. Die Ausschreitung ist, einer Reiter-Meldung zufolge, ein Ausfluß der in Saiti herrschenden fremdenfeindlichen Stimmung, da die Eingeborenen die Ausländer für ihre traurige finanzielle Lage verantwortlich machen! Die an der Nationalbank beteiligten Finanzhäupter erhoben Einspruch gegen die lange Gefangenhaltung gewisser deutscher und französischer Bankbeamten, die der Verhaftung an der Ausgabe gefälschter Staatspapiere im Jahre 1903 beschuldigt sind. Nach den neuesten Meldungen aus Port-au-Prince erhielt der französische Gesandte ein Entschuldigungs-schreiben seitens der Regierung. Der Zwischenfall, so heißt es dann in dem betreffenden Telegramm weiter, werde damit als erledigt angesehen; anderer Meinung scheint man jedoch in Washington zu sein. So man nach den Vorwürfen „Central News“ dem Vorfall immerhin noch „einige Bedeutung“ beilegt, jedoch der amerikanische Kreuzer „Detroit“ Auftrag erhalten hat, in die haitianischen Gewässer zurückzukehren. Der amerikanische Gesandte verlangte bereits Aufklärung von der haitianischen Regierung über den Vorfall, erhielt sie aber nicht, obwohl die Steine nicht von einer unverantwortlichen Volksmenge, sondern durch Soldaten, welche vor dem Palast des Präsidenten Wachenposten hatten, geworfen worden waren. Auch die französische Regierung beschloß, wie aus Paris gemeldet wird, sich mit dem Entschuldigungs-schreiben nicht zufrieden zu stellen; sie will vielmehr ein Kriegsschiff nach Saiti senden, um Genugtuung für den Agrarisch auf den Franzosen Frankreich zu fordern. Da Deutschland nicht zurückzucken wird, und es ja beladener nicht, kampflos Regierungen gegenüber den harten Mann heraus zu setzen, so wird man wohl auch bald von dem Eintreffen eines deutschen Kriegsschiffes vor Saiti hören.

Südbel und Stahlgewichte.

Sonnabend, den 25. Juni.

„Das arbeitende Volk muß aufhören, seine geistige Nahrung aus den Zeitungen seiner Feinde zu ziehen, die kein anderes Ziel haben, als die Beschönigung und die Erhaltung der traurigen und schmachvollen Zustände, unter denen es leidet; und da die Presse nur durch die Presse im Zaum gehalten, überwunden werden kann, so gebietet die Selbstverteidigung dem arbeitenden Volk, der alten Presse eine neue Presse entgegenzusetzen, der Bourgeois-, Junker- und Pfaffenpresse eine Arbeiterpresse!“ — Anlässlich des bevorstehenden Quartalswechsels ziemt es sich wohl, an diese treffenden Worte unseres Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht zu erinnern und sie denen ins Gedächtnis zu rufen, die als Angehörige der Arbeiterklasse heute noch ihre Gegner durch das Abonnement bürgerlicher Zeitungen unterstützen.

Wegen unserer Genossen die Zeit, die uns noch vom Quartalswechsel trennt, benutzen wir eine Absonnerung für den „Lübecker Volksbote“ zu gewinnen. Zur Entzifferung ist im Inzeratenteil unserer heutigen Nummer ein Bestellzettel enthalten, der ausgefüllt entweder unseren Korrespondenten übergeben oder direkt an die Expedition unseres Blattes gesandt werden kann. — Gleichzeitig ist, um unliebsame Verzögerungen in der Zeitungsablieferung vorzubeugen, auf dem erwähnten Zettel Gelegenheit geboten, etwaige Wohnungsveränderungen ab 1. Juli der Expedition mitzuteilen. Es liegt im Interesse eines jeden ausziehenden Genossen, durch rechtzeitige Ausfüllung und Behändigung dieseszettels an die Korrespondenten oder die Expedition sich den regelmäßigen Bezug der Zeitung zu sichern!

Ja, wirigen Genossen, agitiert für die weitere Ausbreitung Eures Parteiorgans! Die Parteikommision hat uns, mitzuteilen, daß die Karte-Unterstützung, welche das Gewerkschaftsblatt für die Genossenschaft der Arbeit beschlossen hat, am Mittwoch, den 21. Juni, abends von 8-10 Uhr im Vereinslokal ausbezahlt wird. Die Genossen haben eine Beteiligung ihres Zahlstellen-Bestandes vorzulegen, daß sie am Streik bzw. der Aushebung beteiligt waren. Formulare zu diesem Zweck gehen den Vorständen zu. Die Attente der bürgerlichen Presse gegen unseren Genossen Antrid wird täglich fortgesetzt, natürlich unter Unterdrückung der Erklärung der Antrid. Ein solches kühnliches Vorgehen kennzeichnet die nicht des Ruoms der bürgerlichen Presse und insbesondere des höchsten freisinnigen Organs, das behauptet,

für Recht und Wahrheit zu kämpfen. Nunmehr benutzt man amtsblätlicher- und freisinnigerseits einen Bericht über eine am Mittwoch stattgefundene neue Versammlung des Vereins selbstbewusster Händler in Berlin, um diese Angriffe gegen Gen. Antrid fortzusetzen. In dieser Versammlung versuchte man, in der niederträchtigsten Form gegen Antrid vorzugehen. Nachdem dieser sich gegen die erhobenen Beschuldigungen verteidigt hatte, schwenkte die Debatte von diesem Punkte vollständig ab, so daß Gen. Antrid mit ruhigem Gemüte und in dem Glauben, die Sache sei erledigt, fortgehen konnte. So bald er sich jedoch entfernt hatte, setzte die Debatte gegen ihn wieder ein. Ja, man wollte sogar eine gegen Antrid gerichtete Resolution zur Abstimmung bringen, was jedoch verhindert werden konnte. — Ein solches Vorgehen wird zweifellos von allen objektiven Menschen auf das Schärfste selbst dann verurteilt werden, wenn sie zu den politischen Gegnern des Genossen Antrid zählen. Das Amtsblatt der Freien und Hansestädte Lübeck, sowie das freisinnige Organ nehmen dagegen keinen Anstand, trotzdem weiterhin gegen Gen. Antrid und die Sozialdemokratie zu intrigieren. Eine traurige Gesellschaft, die mit solchen erbärmlichen Mitteln gegen einen politischen Gegner kämpft!

Neue arbeiterschutzgesetzliche Maßnahmen. Mit dem 1. Juli ds. J. treten die für die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassenen gesetzlichen Vorschriften auch für die Gewerbebetriebe (selbst die kleinsten sind dabei nicht ausgenommen) in Kraft, in welchen Frauen- und Kinderhände auf Bestellung angefertigt oder bearbeitet wird, oder in welchen Frauen- und Kinderhände besetzt (garniert) werden. Sobald und solange die Arbeitgeber nicht zu ihrer Familie gehörige Personen als Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter (junge Leute unter 16 Jahren) beschäftigen, sind sie verpflichtet, diese Vorschriften zu befolgen. In jedem Räume, wo Arbeiterinnen und jugendliche Personen beschäftigt werden, müssen die betr. Auszüge aus der Berufsordnung an leicht zugänglichen Stellen ausgehängt werden. Aus diesen Auszügen ergeben sich alle dem Arbeitgeber durch die neuen Vorschriften auferlegten Verpflichtungen. Außerdem muß in jeder Werkstätte an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel ausgehängt, auf der jeder Tag, an der Ueberarbeit stattfindet (gesetzlich zulässig ist sie an 60 Tagen im Jahre für höchstens 13 Stunden täglich und nicht über 10 Uhr abends hinaus), vor Beginn der Ueberarbeit einzutragen ist.

Pflicht der Gewerbeinspektion ist es, die Einhaltung der neuen Vorschriften durch eine genügende Ueberwachung der in betracht kommenden Betriebe zu sichern und alle zu ihrer Kenntnis kommenden Ueber tretungen unmissverständlich zur gerichtlichen Bestrafung zu bringen.

Für Molkereien und Betriebe zur Sterilisation von Milch, welche als Fabriken oder als Werkstätten mit Motorbetrieb anzusehen sind, hat der Bundesrat mit Geltung vom 15. Oktober 1904 auf zehn Jahre die folgende Bekanntmachung erlassen:

In Molkereien (Molkereien) und Betrieben zur Sterilisation von Milch dürfen für die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre die Bestimmungen im § 137 Abs. 1 der Gewerbeordnung und unter Ziffer 5 Abs. 1 der Bekanntmachung vom 13. Juli 1900 (Reichsgesetzblatt Seite 566) während der Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober mit folgenden Maßgaben außer Anwendung bleiben:

1. Die Arbeitsstunden müssen zwischen 4 Uhr morgens und 10 Uhr abends liegen.
 2. Denjenigen Arbeiterinnen, welche abends nach halb 9 Uhr beschäftigt werden, ist an Stelle der nach § 137 Abs. 3 der Gewerbeordnung und nach Ziffer 5 Abs. 3 der Bekanntmachung vom 13. Juli 1900 (Reichsgesetzblatt Seite 566) zu gewährenden Pause um Mittag eine mindestens dreistündige Pause zu gewähren.
- Bisher bestand nur die Vorschrift unter Ziffer 1, so daß das Neue an der Bekanntmachung die Vorschrift der dreistündigen Mittagspause ist. Viel will das deswegen nicht besagen, weil ja die Gesamtdauer der Beschäftigung nach wie vor auf Grund des Gesetzes nicht mehr als 11 Stunden täglich, bezw. 65 Stunden wöchentlich, betragen darf. Da zwischen 4 und 10 Uhr 18 Stunden liegen, müssen teilweise mindestens sieben Stunden Ruhezeit gewährt werden.

Es ist außerdem jetzt der Aushang der Vorschriften vorgeschrieben.

Wer hat Lust? Das Bezirkskommando fordert Unteroffiziere und Mannschaften der Telegraphen- und Eisenbahn-Truppen, welche behufs eventueller Einstellung für den Dienst in Südwest-Afrika bereit sind, sich sofort zu melden. Ob diese Aufforderung zur Teilnahme an Nachbesetzung gegen die Hereros wohl den gewünschten Erfolg haben wird? Wir bezweifeln es!

Zugung ist fernzuhalten von baugewerblichen Arbeitern nach Gatin, Malente, Bremen und den Unterwerferorten, Tischlern nach Mölln, Kohlenarbeitern nach Hamburg.

Heilbehandlung für Lungenkranke. Am 1. Mai 1904 waren auf Kosten der Landes-Versicherungsanstalt der Hansstädte zum Teil mit Zuschuß von Krankenkassen in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 329 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats 217 Versicherte, zusammen 546 Versicherte, davon wurden im Laufe des Monats entlassen 122 Versicherte, mithin befanden sich am Schluß des Monats in Heilbehandlung 424 Versicherte und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 49, Bremen 24, Hamburg 251. Außerdem mußten im Laufe des Monats 131 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Die Truppen-Entlassungen erfolgen im 9. Armee-Korps, sofern Infanteristen und Jäger in Betracht kommen, am 17. September. Der Entlassungstag für die Kavalleristen und Artilleristen ist noch nicht bekannt. Derselbe richtet sich darnach, wo die Kaisermandverspieler beendet wird. Zwei Tage nach dem Einrückten in die Standorte, spätestens jedoch bis 30. September, hat die Entlassung zu erfolgen.

Aus dem Gerichtssaal. Auf abhässlicher Bahn befindet sich das Dienstmädchen B., das bereits einmal wegen Diebstahls verurteilt ist. Dasselbe entwendete seiner Logiswirtin eine silberne Damenuhr, die sie für 2 Mark veräußerte, und einen Spigenfragen, den sie für sich behielt. 5 Wochen Gefängnis sind die Folge. — Das Kommando vom Trinken. Der vielfach verurteilte Arbeiter S. sollte am 30. v. Mts. an der Obertrave wegen arger Trunkenheit fesselt werden. Er sträubte sich hiergegen jedoch mit Händen und Füßen. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen der Trunkenheit zu 14 Tagen Haft, die durch die Unterdrückungshaft als verbüßt gelten, und wegen des Widerstandes zu 2 Monaten Gefängnis. — Auf nach Hamburg! So lautete die Parole für den Lagermeister S. Da es ihm aber an dem nötigen

Reisegeld mangelte, entwendete er dem Kaufmann A. 5 Mark und nannte gleichfalls einen einem Kommiss ge-
hörigen Paletot sein eigen. Nun dampfte er ab. In
Hamburg verlor er den Paletot für 8 Mk., verkaufte den
Paletot für 80 Bfg. und amüsierte sich. Nachdem die
Moneten ausgegangen waren und er auch keine Stellung
finden konnte, stellte er sich der Polizei, die ihn liebevoll
in Empfang nahm, um ihn nun noch mit Hilfe des Ge-
richts auf 1 Monat Unterhaft im Gefängnis zu
gewähren. — Die Unterhaftung von 70 Mk. zum
Schaden seines Arbeitgebers, des Schlachtermeisters J.,
hatte für den Arbeitsschürzen B. dessen Verurteilung zu
2 Wochen Gefängnis zur Folge. — Mit dem
Gelde seines Arbeitgebers, des Fahrradhändlers
J., verlebte der Schloffer J. einen guten Tag. Er ver-
kaufte in dessen Abwesenheit 2 Fahrräder für zusammen
237 Mark und verpragte das Geld. Jetzt muß er sechs
Wochen in Gefängnis über diesen Streich nach-
denken. — Der Diebstahl zweier Würste aus
einem Hause in Küchlich brachte dem auf Wanderschaft be-
findlichen Arbeiter T. 2 Wochen Haft ein. — Einen
harten Kampf um die Freiheit vollführte der
Maurer B., der wegen Bettelns verhaftet werden sollte.
Er widerlegte sich dem Schutzmann auf jede nur mögliche
Art und Weise, traktierte ihn mit Faustschlägen und ließ
schließlich seiner Wut an dem Schutzmannshelm die Zügel
schleichen, diesen arg demolierend. Dennoch wurde er mit
Hilfe mehrerer Leute festgenommen. Das Gesamturteil
läutete auf 13 Wochen Gefängnis und 4 Wochen
Haft. — Ein ungemütliches Verhältnis scheint
zwischen den Eheleuten M. und W. bestanden zu haben,
denn am Pfingstfeste entstand zwischen den Eheleuten eine
arge Keilerei, an der sich auch die Mutter der Frau W.
beteiligt haben soll. Die Ursache dieses ungemütlichen Ver-
hältnisses scheint darin gelegen zu haben, daß M. als Ver-
mieter dem W. zum 1. Juli eine Wohnung gekündigt hat.
Nach längerer Verhandlung erkannte das Gericht gegen
die Ehefrauen M. und W. auf Freisprechung, gegen den Ehe-
mann M. und die Mutter der Frau W. auf je 10 Mark
Geldstrafe und gegen den Ehemann W. auf 1 Monat
Gefängnis.

Risiko der Arbeit. Am Neubau der Schule Adler-
straße fiel am Freitagmorgen ein Schlofferlehrling bei
dem Einstemmen von Löchern in die Wand von der Leiter
herab und zog sich hierbei einige Verletzungen im Gesicht
zu. Derselbe wurde sofort zum Arzt geführt. Hoffentlich
sind keine schweren Verletzungen zu konstatieren.

Aufgelöst wurde nach Abnahme der Schlussrechnung
die Hanseatische Fischindustrie, Aktien-Gesellschaft.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Straßenbau-
arbeiten wird die Straße des Löpferweges von der
Moislinger Allee bis zur Dornelstraße vom Montag ab
bis zur Fertigstellung gesperrt.

Vom Senat. Für die Dauer der Abwesenheit des
Senators Dr. Eschenburg ist Senator Dr. Schön zum
Mitgliede der auf Grund des § 4 des Gesetzes vom 21.
Dezember 1895, die Bauaufsicht für die südliche Seite
der Holstenstraße betreffend, eingeweihten Vergleichskom-
mission ernannt worden.

Konkursöffnung. Ueber das Vermögen der offenen
Handelsgesellschaft unter der Firma Maedje, Decken-
brod u. Uhrens ist am 23. Juni 1904, nachts 11^{1/2} Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Dr.
Bermehren in Lübeck zum Konkursverwalter ernannt wor-
den. Konkursforderungen sind bis zum 20. August d. Js.
beim Amtsgericht anzumelden.

pb. Kein guter Mieter? Ein Arbeiter, der sich in der
Wohnung seines Hauswirts des Hausfriedensbruchs und
der Sachbeschädigung durch Zertrümmern von Fenster-
scheiben schuldig machte, wurde zur Anzeige gebracht.

pb. Kuppelrei. Festgenommen wurde ein Tapezierer von
hier, der sich eines Vergehens nach § 180 d. R.-St.-G.-B.
schuldig machte.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.
Der Streik der Nagelschmiede und Maschinen-
steller auf der Nagelfabrik in Sande bei Bergedorf
dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten. — Die
Beteiligung an der Erbauung eines Gewerkschafts-
hauses wurde im Sozialdemokratischen Verein für den
3. Hamburger Wahlkreis mit 671 gegen 650 Stimmen
beschlossen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Das Ham-
burger Schwurgericht verurteilte den Tapezierer Luit, der
am 30. Dezember in der Volksbank einem Geldbriefträger,
dem er Sand und Pfeffer in die Augen streute, 5 Hundert-
markstrafe zu entziehen versucht hatte, zu 5 Jahren Zucht-
haus und Nebenstrafen. — In Großenbroda a. Feh-
marn kam gestern Mittag ein Großfeuer zum Ausbruch,
daß 5 Gehöfte einäscherte. — Ein 7jähriges Mädchen in
Dejbow bei Grabow hatte unreife Stachelbeeren in
größerer Menge gegessen, infolgedessen sie sich eine Darm-

vergiftung zuzog. Nach Aussage des Arztes ist Hoffnung
auf Genesung nicht vorhanden. — In Weesack lief auf
der Vulkan-Werft der größte Seelichter vom
Stapel. Er ist für eine Bremer Firma erbaut.

Hamburg. Der Brauerstreik geht seinem Ende
entgegen, nachdem sowohl die Brauereiarbeiter als
auch die Brauereibesitzer den Abmachungen zugestimmt
haben. Die Streikenden beantragten die Aufhebung
des Boykotts beim Kartell, das heute, Sonnabend, tagt.
Die Vereinbarungen sind auf der Grundlage des Schieds-
spruches des Einigungsamtes getroffen worden.

Hamburg. Folgen des Bierboykotts. Seit
einiger Zeit erscheint in den Hamburger Tageszeitungen
ein Inserat, das die vom Gewerkschaftskartell boykottierten
Brauereien auflöst und in einem zweiten Absatz diejenigen
Brauereien namhaft macht, welche ringfreies Bier liefern,
und diesen nachsagt, daß sie als Mithelfer der
Sozialdemokratie anzusehen seien. Das anonyme
Inserat hat die Herren W. Hagedorn, Harburg und Alb.
Winkelmann in Bugtheude in Harnisch gebracht. Sie er-
lassen eine Bekanntmachung, in der es heißt: „Diese total
aus der Luft gegriffene Behauptung ist unwarhaft und für
die unterzeichneten Brauereien schwer beleidigend. Sie
haben daher in der Erwägung, daß eine weitere Erörte-
rung der Angelegenheit in öffentlichen Blättern zwecklos
ist, wegen dieses Inserats Strafantrag bei der Staats-
anwaltschaft gestellt.“ Herr Hagedorn ist Mitglied des Har-
burger Wirtschaftlichen Schutzverbandes, hinter dem
anonymen Inserat steht offenbar der hiesige
Wirtschaftliche Schutzverband. Es ist ein heiteres Schau-
spiel, zu sehen, wie Schutzverbände gegen Schutzver-
bände attakieren mit Hilfe des Staatsanwalts. — Die Zug-
diebe, die am Mittwoch einem Theaterdirektor im Zuge
ein ganzes Vermögen stahlen, haben am Donnerstag zwei
weitere Opfer gefunden. Sie stahlen einem Rennstall-
besitzer dessen Brieftasche mit über 500 Mk. und einem
Kaufmann eine solche mit 800 Mk. Die Diebstähle sind
im Gedränge ausgeführt.

Kiel. Menschenopfer der Kieler Woche. Bei
dem Kennen der Kriegsschiffsboote am Donnerstag haben
sich schwere Unglücksfälle ereignet. Infolge des heftigen
Sturmes kenterten eine Menge Fahrzeuge; soweit bekannt
geworden, nicht weniger als sechzehn. Andere rannten
beim Kreuzer zusammen, und nicht wenige liefen, zum
Teil noch ehe sie starteten, auf den Kieler Strand.
Zuschauer konnten vom Kielerger und Keilendorfer Ufer
aus eine Menge Menschen im Wasser herum paddeln sehen.
Leider blieb es nicht bei solchem nassen Bade vieler Be-
teiligten, das man, auch wenn sich nichts anderes ereignet
hätte, noch nicht einmal tödlich finden konnte, denn die
Besatzungen der Boote machten die Regatta nicht freiwillig
mit, sondern durch militärisches Kommando gezwungen.
Es kamen nämlich, wie schon kurz gemeldet, nicht weniger
als drei Mann um's Leben. Wie verlautet, sollen
noch mehr Todesfälle zu verzeichnen sein; die Marine-
Behörden hüllen sich jedoch in sonderbarer
Weise in tiefe Schweigen und sollen diese Taktik
selbst Inverwandten von Beteiligten gegenüber anwenden.
Unser Kieler Parteigänger gibt der Vermutung Ausdruck,
daß es hier an den nötigen Vorsichtsmaßnahmen
gefehlt hat, und bemerkt dann: „Daß man übrigens,
wo man ein besonders wertvolles Menschen-
leben bewachen zu müssen glaubt, auch kein Uebermaß
an Vorsichtsmaßnahmen scheut, beweist die Tatsache, daß
die Fahrt des Kronprinz von einem Torpedoboot
begleitet war. Ist aber, so fragen wir, wenn
Menschenleben auf dem Spiel stehen, irgend einer
deutschen Mutter Sohn geringer zu bewerten, weniger
sorgfältig zu behüten, als der Erstgeborene der höchstge-
stellten deutschen Frau? Ebenso wichtig aber ist die andere
Frage, die mit uns gewiß alle von den primitivsten
Regungen der Menschlichkeit und Pietät nicht gänzlich ver-
lassenen, freiwilligen und unwilligen Zuschauer
des großen Wasserbauspiels aufwerfen werden: Darf
nach diesem tiefschmerzlichen Abschluß des
ersten Kennen die Kieler Woche, als ob nichts
geschehen wäre, ihren Fortgang nehmen? Werden
es die Sportsleute fertig bringen, über
die drei oder mehr Leichen, die in der Förde
treiben, kalten Blutes ihre Fahrzeuge hin-
wegzulenkten?“

Hofort. Der „beleidigte“ Rat. Gegen den ver-
antwortlichen Redakteur unseres Mecklenburger Vater-
organs, Gen. Hund, ist wegen Beleidigung des Rostocker
Rates Anklage erhoben worden. Die „Beleidigung“ wird
in einem Bericht über eine Sitzung der Bürgervertretung
erhellt, in dem eine den Rat angeblickt beleidigende Aue-
scheidung des Stadtverordneten Trost wiedergegeben worden
war. Gegen den Stadtverordneten ist kein
Strafantrag gestellt worden, wohl aber gegen

den Redakteur, der sich „erfrecht“ hatte, wahrheits-
gemäß über die betr. Sitzung zu berichten. Der Rostocker
Rat verlangt also von den Berichterstattern, daß sie die
Bürgervertreter zensurieren sollten. Ein „nettes“ Ver-
langen.

Vant. Scherlicher Zeitungsbetrieb. Der
Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes“, Genosse Ja-
cob, wurde am Mittwoch zu einer Geldstrafe von 100 M.
verurteilt, weil er den Verleger des „Vareler Gemein-
nützigen“, Dr. Robert Allmers, beleidigt haben soll.
Herr Dr. Robert Allmers hatte den Redakteur seines Ge-
meinützigen, einen gewissen Lisch, deswegen entlassen,
weil dieser sich entgegen einem Befehle des Allmers er-
laubt hatte, „polemisch“ zu werden. Das Schöffengericht
in Vant stützte sein Urteil wesentlich auf eine kommissarische
Zeugenaussage des Herrn Lisch, wonach dieser keine
Herabwürdigung des journalistischen Berufes darin er-
blickt, wenn dem Verleger polemische Artikel eines leitenden
Redakteurs vor ihrer Drucklegung vorgelegt werden
müssen, „soviel ihm bekannt, sei eine gleiche
Vorschrift bei dem Scherlichen Verlage ein-
geführt.“ Scherl war natürlich auch für das Vant
Schöffengericht eine durchaus zuverlässige Autorität, und
so wurde unser Genosse verurteilt.

Rekte Nachrichten.

Breslau. Bei einem Brande in Klodnitz bei
Antonienhütte (Oberchl.) sind eine 72jährige Frau und der
5jährige Sohn des Besitzers des abgebrannten Hauses in
den Flammen umgekommen.

Königsberg. Sechs Kinder von der Mutter
vergiftet. Unter der furchtbaren Anschuldigung nach
und nach ihre sechs Kinder vergiftet zu haben, wurde die
Wirtschaftsbefizerin Anna Hainner in Krug bei Heiligen-
kreuz verhaftet.

Torgau. Krieg im Frieden. Ein schwerer Unfall
ereignete sich nach dem „B. T.“ auf dem Exerzierplatze bei
Ober-Naundorf, wo durch den kommandierenden General
des 4. Armeekorps eine Befichtigung der dortigen Abteilung
des Torgauer Artillerieregiments vorgenommen wurde.
Als gerade die Befichtigung mit einem Vorbeimarsch im
Galopp ihren Abschluß finden sollte, stürzte Leutnant
Dietrich von der zweiten Batterie mit seinem Pferde
und geriet unter die Räder des nachfolgenden Geschüzes,
die ihm quer über den Kopf hinweg gingen. Bis zur Un-
kenntlichkeit im Gesicht verkrüppelt, wurde er hervor-
gezogen. Er ist inzwischen seiner Verletzungen er-
legen.

Dresden. Liebesdrama. Vor der Kaserne des
39. Artillerieregiments in Meisa erschoss sich die 24jährige
Tochter des Privatiers Krumma. Sie hatte ein Liebes-
verhältnis mit einem Angehörigen des Regiments. Das
Verhältnis sollte aber aus verschiedenen Gründen wieder
gelöst werden.

Büdingen. Töfft, töfft! Der Oberbauinspek-
tor Horn, der eine Frau mit einem Automobil
überfahren und getötet hat, wurde zu 3 Monaten
Gefängnis verurteilt.

Augsburg. Eine ganz exemplarische Strafe
verhängte die hiesige Strafkammer über einen rüchichts-
losen Radfahrer, der am Palmsonntag im rasenden Tempo
durch eine Ortschaft sauste und dabei einen Arbeiter nieder-
rannte, der bald darauf unter gräßlichen Schmerzen starb
und eine Witwe mit sieben unmündigen Kindern hinter-
ließ. Das Urteil lautete wegen fahrlässiger Tötung auf
acht Monate Gefängnis. Ein warnendes Beispiel
für Radfahrer allerorts!

Brindisi. Bombenanschlag. Vor der Gen-
darmierkaserne in Polignano explodierte eine
Bombe, welche der Anarchist Baldasar gelegt hatte. Die
Bombe richtete am Gebäude großen Schaden an. Baldasar
wurde verhaftet.

Madrid. Die Eisenbahn-Katastrophe, von
der bereits gestern kurz gemeldet wurde, fand um 1 Uhr
morgens bei einem furchtbaren Sturm statt. Die Brücke,
auf welcher der brennende Zug zum Stillstand kam, war
fünf Meter hoch. Der Brand zerstörte sie. Die Lokomo-
tive wurde in den Fluß hinuntergeworfen und zog die
brennenden Wagen mit sich. Einige Wagen blieben an
den hervorragenden Teilen der Brücke hängen. Im Lichte der
brennenden Wagen verkrüppelten manche Passagiere dadurch
zu erkranken, daß sie sich in den Fluß stürzten. Von
80 Passagieren im Zuge sind bisher nur 14
gerettet.

Unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt des
Chem. Laboratoriums Lauer in Regensburg bei.

Sonnabendmorgen einschließ läuft nach kurzer
schwerer Krankheit mein lieber Mann

Hinrich Schönemann

im Alter von 61 Jahren.
Lief betrauert von mir und allen die ihn
nahe fanden

Magdalena Schönemann

geb. Hopp.
Beerdigung Dienstag den 28. Juni 9^{1/2} vorm.
von der Kapelle (Burgtor) aus. Trauer 9^{1/2} Uhr.
Frau Schienke zu ihrem heutigen Wegen-
setze ein 999mal donnerndes Hoch!
Nur rate mal.

Ein möbliertes Zimmer

an 1 oder 2 junge Leute zu verm.
Langereihe 9a. part.

Gutes Logis zu vermieten

2,50 Mk. pro Woche.
Margarethenstr. 2, 1. Etg.

Freundl. Logis u. 1 leeres Zimm.

zu vermieten.
Blanchstraße 24, 1. Et. im Flüg.

Zum 1. Oktober eine Wohnung

in der Häufig. od. dessen Nähe im Preise bis
220 Mk. Anz. mit S 49 an die Exp. d. Bl.

2. Etage, abgeseh. 3 Zimmer-Wohnung mit
Zubehör, 260 Mk. zu vermieten (ev. 2 Zimmer.)
Schwanauer Allee 75.

Ein möbliertes Vorderzimmer

zu vermieten
Droßingstraße 18.

Ein freundliches Logis

Friedenstraße 54, 2. Etage.

2 abgeseh. 2 Zimmerwohnungen m. 1 Zubeh.
an einz. Damen oder Leute ohne Kinder z. 1. Okt.
zu verm. Pr. 180 u. 220 Mk. Dajelsß 1 Logis
für jungen Mann
Regienstraße 51.

Logis nach vorne Engelswisch 55.

Ein freundl. leeres Zimmer

an eine einzelne Person zu vermieten.
Barendorfstraße 42, 2. Etage.

Wohn. Fackenburg 3 Stuben Nr. 140.

Sollkator 3 „ 225.
Näheres Wilhelmtheater.

Zum 1. Juli mehrere Wohnungen

zu vermieten.
Segebergstraße 9, 1. Etg.

Zu verkaufen ein Paar Nachtauben,

Aquarium, Kinderwagen, Sitzwagen
Klappenstraße 17.

Eine fast neue Hobelbank, ein Aquarium und
eine 6flammige Petroleum-Maschine billig zu
verkaufen
Dankwartstraße 17, 1. Etage.

Zu verkaufen junge Kartoffeln, Wurzeln

und grüne Kohlpflanzen
H. Lütgens, Fackenburg.

Zu verk. 1 guterh. Kinderwagen.

Partengrube 11, Hinterhaus.

Ein guterhaltener Regulator

umständelhalber zu verkaufen
Steinraderweg 5a.

Briefstücken sofort zu verkaufen

Matthiessen, Bahnhofsstr. 28, 1. Etg.

Zu verkaufen eine Pforte

1 Meter breit
H. Meyer, Marienst.

Unterhalt. Fahrrad zu verkaufen

Jüchtingstraße 34, Hinterter.

Gr. u. kleine belgische Familien

zu verkaufen
Josephinenstraße 9

Zu verkaufen ein Fahrrad, Kinderwagen,

1 Chronos. Zeitungspapier
Schönhauderstraße 14a, Hinterhaus, 2 Tür.

Zu verkaufen 1 Paar franz. Witter-

Kanäthen eventl. umzutauschen gegen 1 Paar
belgische Niesentänchen
Eisenstraße 36a, Hinterhaus.

12 junge Pechhühner zu verkaufen

Drüggstraße 20.

4 Catalstühle u. 1 einchl. Bettstelle

zu verkaufen Schmalzstraße 8, 2. Etage rechts.

2 schlaftrüge Bettstelle, nutz. lack.,

guterhalten, zu verkaufen
Glandorfstraße 28, 2. Etage.

Billig zu verkaufen 1 Kindertisch und 2 Stühle

dazu, 1 neues Kochbuch (Davidis) und ein fast
neuer langer schw. Sommertragen
Eisenstraße 7.

Phonograph mit Aufnahme u. Wieder-

gabe, 8 Edison u. 7 Columbia Walzen für halben
Preis zu verkaufen. Dasselbe ist fast neu.
Schwanauer Allee 127a, 1.

Zu verk. 1 Haus in der Weidhofsstr.

mit 4 Wohnungen, 3 davon abgeseh., 3 Zimm.,
neu decoriert. Preis 14.200 Mk.
Näheres Schönhauderstraße 18a.

Sparsame Hausfrauen fertigen die Hand-

tücher aus weißen Säden an.
Kämpf-Grube 61.

Die Jungen, welche am Donnerstag mittag
dem kleinen Schüler b. Bahnhof die leberne Brot-
tasche (gez. Waldemar Busch) weggenommen
haben, w. geb. dief. Allee 23 abzugeben.

Sträftiger Kaufbursche

zum 1. Juli gesucht.
Silliale Ludw. Hartwig
Untertrane 69

Für mein Kolonialwarengeschäft suche
per sofort

einen jungen Knecht.

Lindenstraße 58.

Jed. Sonnabendabend u. Sonntagmorgen

frischen

Lübeder Spießbraten.

Gebr. Luetgens, Schlachterei,
Cronsf. Allee 32a. Fernruf 998.

Großer Möbel-Ausverkauf!

Wegen Vergrößerung meiner Geschäftsräume
und Neubau meiner Werkstätten muß ich
mein großes Lager von nur dauerh. und
reell gearb. Möbeln auf kurze Zeit einschränken
und stehen, um schnell zu räumen, billig zum
Verkauf. Mache hierauf Brantl. und Möbel-
käufer besond. aufmerksam. Zeitzahl gerne
gestattet.

H. Mohr

Möbel-Anstaltungs-Geschäft
Engelsgrube 53, Schwandenerstr.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Ver-
lobungs-Ringe an meine Arbeiter-Gesell-
schaft verkaufe.

G. Orentsfeld, Goldschmied, Sandstr. 19.

Die Wohnungsfürsorge in Lübeck.

IV.

Der letzte Teil des für uns in Betracht kommenden Abschnittes der Denkschrift betrifft die unmittelbare Wohnungsfürsorge des Staates. Hier muß leider konstatiert werden, daß Letzterer in Bezug auf die Errichtung von Wohnungen so gut wie nichts unternommen hat. Außer 20 Dienstwohnungen für städtische Feuerwehrlente und einigen anderen, in öffentlichen Gebäuden und für forstwirtschaftliche Arbeiter errichteten Wohnungen ist in Lübeck von einer staatsseitigen Tätigkeit auf diesem Gebiete nichts zu spüren. Dieser Umstand könnte zu der Vermutung Anlass geben, daß hier von einem Mangel an kleinen Wohnungen nicht gesprochen werden kann. Jeder Kenner der Verhältnisse aber wird zugeben müssen, daß hier tatsächlich ein Mangel an kleinen, guten Wohnungen vorhanden ist. Das wird auch in der Denkschrift unumwunden zugegeben. Dort heißt es u. a.: „Auch macht sich bei der Privatbautätigkeit bemerkbar, daß kleine und kleinste Wohnungen verhältnismäßig weniger errichtet werden als mittlere Wohnungen. Von letzteren bleiben eine größere Zahl unvernietet, während das Angebot von kleinen Wohnungen noch nicht groß genug ist, um die Käumung weniger guter, in alten Häusern der inneren Stadt befindlicher kleiner Wohnungen zu bewirken.“ Bei einer solcher, amtlich bestätigten Sachlage muß es umso mehr Wunder nehmen, daß man in unserem Staatswesen nicht schon lange der Frage der staatsseitigen Errichtung von Arbeiterwohnungen nähergetreten ist, insbesondere, da man sich doch immer damit brüskiert, auf dem Gebiete der Wohnungswesen den Bedürfnissen der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Nun wird man uns entgegenhalten, daß wir bei unseren Betrachtungen die staatsseitige Unterstützung fremder Bautätigkeit außer Acht gelassen hätten. Diese Unterstützung besteht darin, daß man einerseits dem gemeinnützigen Bauverein ein Darlehen von 150 000 Mk. zu 3 1/2 Proz. Zinsen und bei 1 resp. 2 Proz. jährlicher Tilgung verabsolgt hat und andererseits aus öffentlichem Grund und Boden Bauplätze zum Preise von 5 Mk. pro Quadratmeter mit der ausdrücklichen Bedingung, daß auf denselben nur Arbeiterwohnungen errichtet werden dürfen, abgibt. Diese Grundstücke, die nicht mehr als zwei Geschosse außer Keller und Dachgeschoss enthalten sollen, dürfen nach einer weiteren vertraglichen Bestimmung innerhalb 40 Jahren nach dem Erwerbe nicht anderweitig veräußert, resp. mit anderen Plätzen oder Grundstücken zusammengelegt werden. Der Kaufpreis ist entweder bar auszahlbar oder als erste Hypothek mit 3 1/2 Proz. Zinsen zugunsten des Finanzdepartements einzutragen.

Diese sozialpolitische Fürsorge des Staates für die minderbemittelten Schichten könnte man unter allen Umständen anerkennen, wenn nicht in der Praxis ein Pferdefuß in Gestalt der Höhe der Mieten zum Vorschein käme. Die Mietpreise für die dieser „sozialpolitischen Fürsorge des Staates“ entspringenen Wohnungen stellen sich nämlich, sofern Privatunternehmer in Betracht kommen, auf 270 resp. 280 Mark und sofern es sich um Wohnungen des Bauvereins handelt, auf 210 Mark. Wir haben hierbei die von letztgenanntem Verein behaute Stitenstraße und die von Privatunternehmern hergestellte Kerkeringstraße im Auge.

Woran ist es denn, so werden die Leser mit Recht fragen, zurückzuführen, daß hier solche, für Arbeiter nahezu unerschwingliche Mietpreise in Anrechnung gebracht werden können? Die Beantwortung dieser Frage ist eine leichte: die Privatunternehmer sind mit dem besten Willen nicht in der Lage, die Wohnungen wesentlich billiger zu vermieten. Daß aber der Bauverein zum Preise von 210 Mark

vermieten kann, das liegt daran, weil er bei diesen Wohnungen tatsächlich noch Geld zusetzt.

Die Gründe hierfür liegen darin, daß die zum Preise von 5 Mark pro Quadratmeter abgetretenen Plätze eine ganz bedeutende Tiefe — 18 bis 20 Meter — haben, und daß außerdem für die Gebäude die offene Bauweise vorgeschrieben worden ist. Die Häuser müssen also auf jeder Seite 2 1/2 Meter von dem Nachbargrundstück entfernt sein. Da nun auf jedem Grundstück nur ein einstöckiges Doppelwohnhaus errichtet werden darf, so geht eine ziemlich große Fläche Landes, die auch mit 5 Mark pro Quadratmeter bezahlt resp. mit 3,5 Prozent verzinst werden muß, verloren; sie kann nicht bebaut werden und bringt demzufolge keine in Betracht zu ziehenden Einnahmen. Die Folge ist, daß der Mietpreis der Wohnungen sich nicht billiger gestalten kann, da sonst die Privatunternehmer, wie der Bauverein, bei diesen Häusern mit Defizit arbeiten müßten. — Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß es mit der „sozialpolitischen Fürsorge“ des Lübecker Staates auf dem Gebiete des Wohnungswesens denn doch ein eigen Ding ist.

Hätte der Staat hier wirklich eine erspriessliche und der minderbemittelten Bevölkerung zum Segen gereichende Einrichtung schaffen wollen, dann hätte er durch eine anderweitige Straßeneinteilung die Tiefe der Bauplätze beschränkt und auch hier die geschlossene Bauweise vorschreiben sollen. Sollte er das aber nicht, dann mußte er den Preis für die Bauplätze so billig bemessen, daß dort gesunde und billige Arbeiterwohnungen zum Preise von höchstens 180 Mark errichtet werden konnten. Erst dann hätte er in der Denkschrift mit Recht von dieser Einrichtung als von einer sozialpolitischen sprechen können. Dann hätte er aber auch keine Ursache gehabt, die unter solchen Verhältnissen sehr leicht erkläre Wirkunglosigkeit dieser Maßnahmen in der Denkschrift mit folgenden Worten zu verschleiern: „Wenn die geschilderten Maßnahmen zur Beschaffung billiger Wohnungen für die minderbemittelten Klassen von erheblichem Erfolg bisher nicht begleitet gewesen sind, so ist der Grund hierfür in erster Linie in dem während der letzten Jahre eingetretenen raschen Anwachsen der Bevölkerung zu suchen, welches eine außerordentliche Bautätigkeit hervorgerufen hat, mit der die staatsseitig angewendeten Mittel für die Auslegung billiger Bauplätze und für die Unterstützung des gemeinnützigen Bauvereins nicht Schritt halten konnten.“ Wird doch in diesen Worten, allerdings in bürokratischer verpackter Form, zugegeben, daß die angebliehen sozialpolitischen Maßnahmen des Staates auf diesem Gebiete völlig wirkungslos und zwecklos gewesen sind.

Will man die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterklasse wirklich verbessern, dann Sorge man von Seiten der Träger unseres Staatswesens dafür, daß auch Vertreter dieser Klasse Gelegenheit erhalten, in den gesetzgebenden Körperschaften, sowie in den Deputationen und Kommissionen ein entscheidendes Wort mitzureden. Dann werden in unserem Gemeinwesen Wohnungsverhältnisse geschaffen werden können, die demselben zur Ehre gereichen. Dann, aber auch erst dann, wird von einer wirklichen Wohnungsreform in Lübeck gesprochen werden können.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Tischler in Treuenbrieken haben sämtlich ihre Kündigung eingereicht wegen Ablehnung des eingereichten Tarifs. — Die Brauereiarbeiter in Magdeburg haben einen Lohnantrag ausgearbeitet, der den Brauereileitungen vorgelegt worden ist. Die Unterhandlungen mit den Brauereien sollen vom Verband der Transportarbeiter und vom Brauereiarbeiterverband gemeinsam geführt werden. — Der Lohnkampf der Holzarbeiter in der Holzbearbeitungsfabrik von Dittmar in Magdeburg hat nach vierwöchigen, zähen Kämpfen mit einem Erfolge für die Arbeiter geendet. Die Arbeit wurde bereits Donnerstag wieder aufgenommen.

— Die Holzarbeiter in Markirch im Elbaf streikten seit einigen Tagen. Sie verlangen eine Verkürzung der noch 11 1/2 bis 12 Stunden betragenden Arbeitszeit auf 10 Stunden. Auf eine Erhöhung der Löhne, so notwendig eine solche wäre, da selten über 20 Mark in der Woche verdient wird, verzichteten die Arbeiter, in der Hoffnung, so eher ihre Forderung durchzusetzen. Die Unternehmer wollen aber von nichts wissen, so daß über 60 Mann in den Streik traten. Streikbrecher sind bislang keine zu verzeichnen. — Die Maurer und Handlanger in Winterthur, die bis jetzt die einzigen Arbeiter waren, welche noch 11 Stunden arbeiteten, haben durch eine Lohnbewegung erreicht, daß sofort die 10 1/2 stündige Arbeitszeit und 5 Proz. Lohnerhöhung, mit Neujahr 1905 der Pfingstmontag und eine Lohnerhöhung von 5 Proz. in Kraft tritt.

Im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter ist im vergangenen Jahre der Mitgliedsbestand von 20 912 auf 29 682 gestiegen, darunter befanden sich 556 Frauen gegen 198 im Jahre 1902. Die Verwaltungsstellen des Verbandes haben sich von 106 auf 151 vermehrt. Die Gesamteinnahmen sind gegen das Vorjahr von 247 138 auf 370 897 Mark gestiegen, die Gesamtausgaben zeigen eine Erhöhung von 222 771 auf 339 469 Mark. Infolge des im Unterstützungsweesen eingeführten Staffelsystems, das den älteren Mitgliedern höhere Unterstützungen zusichert, müssen nach und nach die Ausgaben für Unterstützungen immer höher werden und deshalb sollen dem nächsten Verbandstage Vorschläge gemacht werden, die eine Festigung der Finanzen herbeiführen. An Unterstützungen wurden insgesamt verausgabt 128 890 gegen 85 366 Mark im Jahre 1902. Die Mehrausgabe wurde hauptsächlich von der Streik- und Gemäßigten-Unterstützung in Anspruch genommen; diese Ausgabe stieg von 23 458 auf 59 510 Mk. Die Arbeitslosen-Unterstützung verursachte eine Ausgabe von 15 891 Mk., die Kranken-Unterstützung erforderte 35 018 Mark, die Sterbefall-Unterstützung 7092 Mk. und die Extra-Unterstützung 5782 Mk. Außerdem wurden 5658 Mk. für Rechtschutz ausgegeben. Während des vergangenen Jahres konnte eine große Reihe von Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt werden, und es wurden vielfach Tarifverträge abgeschlossen, durch die bessere Arbeitsverhältnisse erreicht wurden. Zum Streik kam es in 34 Fällen mit 2307 beteiligten Arbeitern. Von diesen Streiks waren erfolgreich 14, teilweise erfolgreich 6 und erfolglos 14. Der Verband hat in den großen Städten vierzehn Arbeitsnachweise, die sich im vorigen Jahre günstig entwickelt haben.

Kommunale Arbeitsnachweise in Preußen. Die Wirksamkeit der in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweissestellen hat sich im abgelaufenen Jahre wiederum gesteigert. Es wurden Stellen

	angeboten	gesucht	vermittelt
im Jahre 1902	294 948	506 238	219 011
" " 1903	382 711	545 622	272 524

In der Zahl der Vermittlungen ist andauernd eine Zunahme zu verzeichnen. Mehr als 10 000 Stellen haben im abgelaufenen Jahre vermittelt die Arbeitsnachweise in Berlin (46 675), Köln (28 810), Frankfurt a. M. (25 352) und Düsseldorf (11 640). Die Zahl der bestehenden Arbeitsnachweise ist im letzten Jahre ebenfalls weiter gewachsen; am 1. Januar 1904 waren 276 Nachweissestellen vorhanden gegen 263 am 1. Januar des Vorjahres und 222 am 1. Januar 1902.

Die Wahrheit ermittelt. Die Kampfart der Königsberger Polizei gegen die Streikenden führte schon seit langer Zeit zu der Annahme, daß der Befehl zu diesem beispiellosen Vorgehen vom Polizeipräsidenten kommen müsse. Der Verteidiger der Streikenden, Genosse Haase, bemühte sich vor Gericht, dieser Sache auf den Grund zu gehen. Die Schutzleute verweigerten aber die Antwort oder machten ausweichende Angaben, ja, einzelne tritten sogar ab, nagte Grippe und Köpfe der hierher geworfenen Leichen bezeichnet ward.

Nachdem die Leiche niedergesetzt worden war, begann der Knecht den Boden aufzuhaben, dessen schwarze Schollen er unter den Schnee warf, dann löste ihn der Tyrann ab, und man war in der besten Arbeit, als plötzlich der Ruf: „Reher! Reher!“ erschallte. Die Bauern stießen ihn aus und zugleich flogen einige Steine.

Stagnac stürzte sich mit dem Degen in der Faust unter das Gefindel und bearbeitete die Rücken der Ersten mit der flachen Klinge, auch der Tyrann kletterte aus dem Grabe und hieb mit einem Stock unter das schreiende Pack, welches nach allen Seiten auseinanderstob; dann senkte man die einer emballierten Muskete gleichende Leiche in die Gruft, der Bedant zerdrückte eine Träne, als die ersten Schaufeln Erde auf den Kameraden fielen und rief: „Ach, Du armer Matamore!“ Das war die Leichenrede.

Bald war die Grube zugeschüttet. Der Tyrann streute Schnee darüber, um die Stelle vor Entdeckung zu verbergen, dann sagte er: „Wir müssen schnell fort von diesem Orte. Die Angreifer können zahlreicher wiederkehren, und selbst Kiesen sind einer Armee von Zwergen nicht gewachsen. Auch könnte Ihr Eifer, Herr Baron, uns alle in Gefahr bringen, wenn Sie einigen die Leiber aufschütten.“

Eine halbe Stunde später war die Bege im Wirtshaus bezahlt, der Wagen holperte davon.

7. Der Kapitän Fracasse.

Man hatte alle Ursache, schnell zu reisen, denn die gemißhandelten Bauern konnten leicht wiederkehren. Zwei Meilen legte man schweigend zurück. Matamores Ende hatte sehr nachdenklich gemacht, wer konnte denn nicht im Schnee hängen bleiben? Um die Zeit zu töten, forderte Blasius die Gesellschaft auf, ein Frühstück zu verzehren. Man lenkte den Wagen in einen von der Straße abführenden Seitenweg

Ein armer Edelmann.

Roman von E. H. Gautier.

16. Fortsetzung.

Was sollte man in dieser Lage beginnen? Das Dorf, wo Nachtquartier gemacht werden konnte, war noch fast zwei Stunden entfernt und doch konnte man in Gesellschaft eines Kadavers nicht liegen bleiben.

Man brach also auf. Der alte Gaul war durch die Mühe und eine Reize Hafer, die ihm Scapin gereicht hatte, wieder ein wenig zu Kräften gekommen, die Männer gingen zu Fuß, Scapin leuchtete mit der Laterne voraus, der Tyrann nahm die Bügel. Dennoch kam man nur langsam vorwärts, weil das Terrain bergauf stieg. Endlich aber unterschied man ein Dorf am Fuße der Anhöhe. Die beschneiten Dächer hoben sich scharf gegen den dunklen Nachthimmel ab, die Hunde begannen zu bellen, als der Wagen sich näherte, in dessen hinterem Räume, mit einer Kullisse bedeckt, die Leiche des Matamore ruhte.

Einige Köpfe zeigten sich an den Fenstern und diese Köpfe bezeichneten dem Bedanten ein Haus, welches die Stelle des Gasthofes einnahm. Man konnte nicht irren, ein Busch hing über der Türe; die Laterne emporhebend erkannte der Bedant das Zeichen.

Nun trommelte der Tyrann so lange gegen die Fensterräden, bis ein altes Weib erschien, dessen unfaulere Kleidung die Trefflichkeit des Gasthauses nicht in einem besonderen Maße erkennen ließ. Sie führte die Schaupfeiler in die Küche und schürte in der Nische, aus welcher mit Hilfe einiger Reisbündel bald eine helle Flamme emporloderte. Ein dicker Junge öffnete das Hostor und führte den Wagen hinein.

„Wir müssen den Matamore herausnehmen“, sagte Blasius. „Er ist getauft worden, er muß auch seine Totenwage haben.“ Man holte die Leiche des Komödianten, und

nachdem sie mit einem Mantel bedeckt war, legten die Fremde sie auf den Tisch. Die Wirtin prallte bei diesem Anblicke entsetzt zurück und hielt die Gäste für Räuber, bis Isabella ihr die Umstände mitteilte. Nun setzte man zwei Lichter neben den Toten, die Wirtin und Leonarda wachten bei ihm, während die Uebrigen im nächsten Zimmer eine spärliche Mahlzeit zu sich nahmen, wobei Blasius, obgleich der Wein gut sein mochte, kein Glas anrührte. Dann warfen sich alle auf die Sitze und begannen zu schlafen, aber die schlimmsten Träume beunruhigten sie und sie waren daher schon früh genug munter, um das Begräbnis des Matamore bald vornehmen zu können.

Man hatte in Ermangelung eines Tuches den Toten in eine alte Dekorationskleidwand, welche einen Wald vorstellte, gewickelt. Ein auf zwei Stöcken ruhendes Brett, von Scapin, Leonard, Blasius und dem Tyrann getragen, diente als Bahre, über dieselbe hatte man ein schwarzsamtes, mit Glittergold besetztes Gewand als Decke gebreitet, was recht anständig aussah.

Der Zug ging durch eine Hintertür ins Freie, um den Blicken der Neugierigen sich zu entziehen und einen herrenlosen Platz für das Grab zu gewinnen, der nach der Erklärung der Wirtin dem Matamore als Grube dienen konnte. Es war ein Platz, auf welchem man verendete Tiere begrub und daher für Matamore ganz geeignet, denn der erkrankte Komödiant durfte nicht in geweihter Erde ruhen. Der Morgen begann zu grauen und der Leichenzug bewegte sich den Abhang des Hügels hinunter.

Einige Bandleute blieben verwundert über den seltsamen Anblick des Zuges, der ohne Priester und Kreuz daherschritt, am Wege stehen. Sie vermuteten gleich, daß es Banberer, Reher oder Hugenotten sein müßten, wagten sich aber nicht herbei. Der Stallknecht trug Spaten und Spitzhade, und man nagte sich endlich der Stelle, welche schon durch halb mit Schnee bedeckte Trecken, von den Kadavergelassen abge-

gart stand im 21., Sawasli im 23. Lebensjahr. Befehl erhalten zu haben, die Streikposten fortzuweisen. Jetzt hat aber die Wahrheit einen glänzenden Sieg errungen. Dieser Tage wurde wieder gegen einige Streikposten verhandelt, weil sie angeblich die „Postage beengt“ (kein klassischer Ausdruck der Königsberger Polizei) haben sollten. Das Schöffengericht sprach sie aber ohne weiteres frei. Bei dieser Gelegenheit erklärte ein Schöffe unter seinem Eid, ohne daß er danach gefragt wurde, daß der Polizeipräsident von Königsberg eine Verfügung erlassen habe, daß das Streikpostenwesen nicht gebildet werden soll. Das erklärt wohl nur Genüge das Vorgehen der Schöffe gegen die Streikposten. Man muß nun bedenken, daß die Streikenden zwölf Wochen unter diesem Druck schwer zu leiden hatten. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie die Verfügung, die ganz ungeschicklich ist, auf den Streik zu Ungunsten der Streikenden eingewirkt hat. Daß ein hoher Beamter, dem große Machtmittel in die Hände gegeben sind, solche eine Verfügung erlassen konnte, sollte man kaum für möglich halten. Das beweist aber auf's neue, daß in Preußen, das so eng mit Rußland befreundet ist, alles möglich ist.

Eine noble Arbeitgeberin ist zweifelsohne die freifinnige Stadtverwaltung Berlins. Den Arbeitern des städtischen Vieh- und Schlachthofes, deren Lohn pro Tag 3,75 Mk. beträgt, wurden bisher die nicht seltenen Ueberstunden mit 40 Pfg. bezahlt, während der Betrag nach dem Tagelohn berechnet 41 1/2 Pfg. ausmacht. Während es in anständigen Privatbetrieben selbstverständlich ist, daß Ueberstunden mit 10, 15, 25 und mehr Prozent Aufschlag bezahlt werden, knappte die vornehme Stadtverwaltung Berlins von dem länglichen Stundenlohn nach 1 1/2 Pfg. ab. Von dem Stadterordneten Adolf Hoffmann hierüber zur Rede gestellt, erwiderte man, daß man „des bequemeren Rechners in den Bureaus wegen den Betrag nach unten abgerundet hätte“. In Zukunft sollen nun pro Ueberstunde 42 Pfg. berechnet werden, also ein drittel Pfennig mehr, als der gewöhnliche Stundenlohn ausmacht. Wer wollte da noch an dem guten Herzen und der Noblesse der Berliner Stadtverwaltung zweifeln?

Ein schweres Unglück hat sich am Dienstag auf einer vom Bäckerverband in Berlin nach dem Damerthsee veranstalteten Dampfparade ereignet. Beim Bootfahren auf dem See sind die Bäcker Richard Sawasli und Paul Baumgart in's Wasser gestürzt und ertrunken. Sie sollten die Ruder steuern, wodurch das Boot zum Kentern kam. Wegen der weiten Entfernung von dem See, wo das Boot abgeholt wurde, war es nicht möglich, rechtzeitig Hilfe zu bringen; daß die Festsetzung nach dem Unglück daher war, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Baum-

Große Arbeitslosigkeit in Kopenhagen. Eine für diese Jahreszeit ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit herrscht gegenwärtig, wie dem „Börsen“ geschrieben wird, in Kopenhagen. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 5000 angegeben; namentlich haben die Bauarbeiter, sowie Erd- und Steinarbeiter, die nach der schweren Zeit des Winters auf Arbeitslosigkeit hoffen, darunter zu leiden. Die Unzufriedenheit liegt darnieder. Es stehen gegenwärtig in Kopenhagen 9000 Wohnungen, die eine Mietsumme von jährlich 2-3 Millionen Kronen repräsentieren. Hier in Kopenhagen hat unter einer schweren Baukrise zu leiden.

Die Spanierentertüchteten eines Exporthaus in Boulogne (Spanien) wurden sämtlich entlassen, weil sie sich geweigert hatten, täglich eine halbe Stunde länger wie gewöhnlich zu arbeiten. Der Lohn dieser unglücklichen Gesellen beträgt 50-80 Pfg. pro Tag. Es gelang mit Hilfe der lokalen Arbeitervereine, den Spanier zum Entlassen zu veranlassen und die Unternehmern gaben nach. Lange Zeit vorher hatte es eines harten Kampfes bedurft, um durchzusetzen, daß diesen Arbeitern jenseits der Unternehmern Seite, Handlöhner und Händler zur Verfügung gestellt wurden, damit sie sich nach Schluß ihrer Beschäftigung im höchsten Grade gefährlichen Arbeit nachzugehen konnten. — Man fragt, wie auch hier die Arbeiter mit jedem politischen Kulturfortschritt kämpfen.

Daß ein Ausländer zur Wehrde läßt und sie erlangt, einen anderen Ausländer anzuzuerkennen, weil er sich „fähig gemacht“ habe, das dürfte wohl so bald noch nicht vorkommen sein. In Danzig ist es zur höchsten Ehre des Kapitänleutnants gekommen. In der Bemerkung Schellmüllers bei Danzig bezieht sich auf die Glorienzüge, in der die Arbeiter unter allerlei Umständen zu leiden haben. Diese

Mißstände hatten zu Beginn dieses Frühjahrs ein launiges Zusammenschließen der Glasmacher und Erstarkung ihrer Organisation zur Folge. Einige Erfolge hatte die Organisation auch alsbald zu verzeichnen. Dagegen gelang es noch nicht, eine Kontrolle der Arbeiter bei der Lohnberechnung durchzusetzen, so daß die Affordlöhne ganz ohne Mittum der Arbeiter berechnet werden und diese gewöhnlich weniger kriegen, als sie verdient zu haben glauben. Technischer Direktor der Glätte ist ein Ausländer, ein Ungar namens Harel. Diesem waren schon die geringen Erfolge der Organisation ein Dorn im Auge. Am 4. Juni geriet er mit einem Glasmacher in Streit, beschimpfte ihn schwer und entließ ihn. Daraufhin verzweigten die übrigen Glasmacher die Weiterarbeit, bis ihr Kollege wieder eingestellt sei. Harel mußte gute Miene zum bösen Spiel machen und den Entlassenen wieder annehmen. Aber zwei Tage darauf entließ er den Glasmacher K., welcher ihm im Namen der übrigen mitgeteilt hatte, daß die Arbeit verweigert werde. Diese sofortige Entlassung war unberechtigt, weil die Fabrikordnung vorschreibt, daß nur zum 1. und 15. eines Monats gekündigt werden darf. Aber damit nicht genug, forderte der Direktor den K. auf, sofort das Fabrikgrundstück zu verlassen, sonst werde er ihn wegen Hausfriedensbruchs anzeigen! Sollte er aber gar am anderen Morgen noch auf dem Grundstück sein, so werde er ihn verhaften lassen! Hierzu muß man wissen, daß K. wie sämtliche Glasmacher in dem eigenen Arbeiterwohnhaus der Fabrik wohnt. K. ist ebenfalls Ausländer, nämlich Deutsch Oesterreicher, und Harel fügte seiner Aufforderung noch die Mitteilung hinzu, daß er den K. bereits wegen „Aufwieglung“ denunziert habe und die Ausweisung die jetzt lästigen Ausländer zu beantragen werde! Das drohte der Direktor, der selber Ausländer ist! Und er machte diese Drohung auch wahr. Denn K. blieb selbstverständlich die Nacht über in seiner Wohnung, und so denunzierte ihn der Direktor tatsächlich wegen Hausfriedensbruchs und beantragte beim Amtsvorsteher die Ausweisung des K., weil er sich durch „Aufwieglung“ lästig gemacht habe. Der Amtsvorsteher, ein Gutsherr, hat natürlich den Antrag empfehlend an den Landrat weiter gegeben. Und so werden wir es vielleicht erleben, daß ein Oesterreicher auf Antrag seines Landesmannes ausgewiesen wird! K. hatte die Glätte natürlich beim Gewerbeamt wegen der ungerechtfertigten Entlassung verklagt, und sogar im Termin am 13. Juni hatte der langar Harel die Dreistigkeit, vom Landrat, der Vorsitzender des Gewerbeamtes ist, die Verhaftung des K. zu verlangen, weil er ihn wegen Hausfriedensbruchs angezeigt habe und dieser als Ausländer fluchtverdächtig sei, zumal er die Ausweisung zu erwarten habe. Bemerkenswert ist übrigens, daß das Gewerbeamt die Klage des K. abgewiesen hat. Die Entlassung sei zu Recht erfolgt, weil K. seinen Arbeitgeber durch Drohung zur Wiedereinstellung des entlassenen Glasarbeiters zu zwingen versucht habe. „Wenn das Mode werden sollte“, so führte der vorstehende Landrat aus, „daß jeder Arbeiter seinem Arbeitgeber in seinem Betriebe Vorschriften machen würde, dann höre jede Autorität und alle Ordnung auf.“ Eine echt preussische Begründung! Weiter gefügt noch das sicher nicht alltägliche Ereignis, daß der Direktor der Glätte gleich an Gerichtsstelle drei Arbeiter, mit deren Zeugnisaussagen er „zufrieden“ war, je 450 Mk. anzahlte und sie nochmals ermahnte, sich nicht von den Organisten „verführen“ zu lassen. Ein vierter jedoch, dessen Aussage dem Herrn Direktor offenbar weniger gefallen hat, soll am 1. Juli seine Kündigung erhalten. — Satiriker in Döhrupen!

Eine Parteiverammlung in Weimar nahm nach einem Vortrag des Reichs- und Landtags-Abgeordneten Bandert über „Kadilismus und Revisionismus“ folgende Resolution einstimmig an: „Die sozialdemokratische Partei in Weimar spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft die Meinungsäußerungen innerhalb unserer Partei in einer solchen Form zum Ausdruck gebracht werden, wie es in einer Partei, deren Angehörige es mit der Erringung der im Programm festgelegten Ziele ernst meinen, die Pflicht jedes einzelnen gebietet.“ Der zum Parteitag nach Bremen gewählte Delegierte erhält den Auftrag, zur Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse wie in Dresden in der entgegenstehenden Weise mitzuwirken.

Über fröhe Forderungen stellen nach der „Sächs. Arb. Ztg.“ aus dem Gefängnis entlassenen, seinerzeit im Oktoberprozeß verurteilten und beznagigten Arbeiter. Sie verlangen nämlich auch für die Zeit, die sie durch die Beznagigung weniger zu verbüßen haben,

den vollen Unterstützungssatz, der während ihrer Inhaftierung an ihre Familien bezahlt worden ist. Das Hilfskomitee hat das, mit Recht, abgelehnt. Alle Beurteilten sind ausreichend unterstützt worden. Die deutsche Arbeiterschaft hat in großartiger Weise an den durch ein Klassenurteil getroffenen Arbeitern Solidarität geübt. Wenn die also Unterstützten jetzt — vielleicht von den Feinden der Arbeiter Sache aufgehetzt — solche Forderungen stellen, dann werden sie sich schließlich um alle Sympathie bringen. Die gesammelten Gelder sind übrigens, wie unser Dresdner Parteiorgan in Erinnerung bringt, nicht nur für die im Vöbtauer Buchhausprozeß zu Schaden gekommenen, sondern wie es ausdrücklich in einer nach dem aufsehenerregenden Urteil im „Erianon“ abgehaltenen Versammlung angenommenen Resolution hieß: „für alle anderen, in wirtschaftlichen und politischen Tendenzprozessen zu Schaden gekommenen Arbeiter“ bestimmt. Wenn sich also die Leute durch Arbeiterfeinde haben aufhetzen lassen, mehr zu fordern als ihnen zukommt, so ist das sehr bedauerlich. Kein rechtlich Denkender wird sich aber der Einsicht verschließen können, daß die deutsche Arbeiterschaft mehr wie ihre Pflicht getan hat.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Kaiserslautern, die nach dem Proportionalwahl-System vor sich ging, erhielt die Arbeitgeberliste der Innungen und des Gewerbevereins 226, die Liste des Gewerkschaftsartikels 94 Stimmen. Bei den Arbeitnehmern entfielen auf die Liste des Artikels 1126, auf die der Hirsch Dunderden Gewerkschaft 231, auf die des katholischen Arbeitervereins 257 und auf die des protestantischen liberalen Arbeitervereins 98 Stimmen. Auf die Liste des Artikels entfiel somit rund die doppelte Stimmenzahl wie auf sämtliche Gegenparteien.

Kann auch noch vorkommen! In Berlin wurden vier Holzarbeiter, die zwei Meistersöhne und einen Arbeitswilligen „beleidigt“ haben sollten und deshalb mit einem Strafmandat von je 30 Mk. beklücht wurden, vom Schöffengericht auf erhobenen Einspruch freigesprochen.

Die Zustände auf den „Herbergen zur Heimat“ wurden groll beleuchtet durch eine Gerichtsverhandlung, die vor dem Schöffengericht in Darmstadt am Mittwoch stattfand. Am 3. Februar hatte die „Mainzer Volkszeitung“ in einem Artikel, der „die Darmstädter Heiligkeit“ betitelt war, die Zustände in der „Herberge zur Heimat“ in Darmstadt scharf beleuchtet. Dem Herbergsvater Emmert wurde vorgeworfen, daß er Gäste und auch die eigenen Familienangehörige häufig schlecht behandle, und daß es in und vor dem Hause nicht selten zu häßlichen Szenen komme, die zu öffentlichen Mergenisse Anlaß gäben. Unser Parteiorgan berichtete u. a.: Am zweiten Wethnachtstage v. J., am Tage, nachdem der Großherzog zur Fahrt unter den Handwerksburden erschienen war, sei ein alter Mann auf die Straße geworfen und von Passanten trunken vom Pflaster aufgehoben worden. Der Wirt Emmert erhub gegen den verantwortlichen Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“, unteren Genossen Landtagsabg. Ubelung, Privatklage wegen Beleidigung. Die Angelegenheit kam Mittwoch vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Die ausgedehnte Vernehmung, zu der etwa 25 Zeugen geladen waren, förderte in allen wesentlichen Punkten die Wahrheit des inkriminierten Artikels und auch sonst noch allerlei erbauliche Dinge zu Tage. So pflegte Emmert drei Gummischläue bereit zu halten, mit denen seine Hausburden, falls es ihm nötig erschien, die Gäste iraktieren sollten. Auch wurde festgestellt, daß der Wirt der Herberge, die von einem Wöhlkätzchenverein unterhalten wird, sich von dem Bäckermeister, der die Backwaren zu liefern hat, eine Provision zahlen ließ. Ubelung wurde der Schutz des § 193 zugebilligt und das Urteil lautete gegen ihn auf Freisprechung. Die Kosten des Verfahrens fielen dem Privatkläger Emmert zur Last.

Der Gemeinderat der bald 100 000 Einwohner zählenden oberelsässischen Industriestadt Mühlhausen setzt sich nach Abschluß der Wahlen aus 20 Sozialdemokraten, 12 bürgerlichen Demokraten und 4 Zentrumskatholiken zusammen.

Der dritte internationale Arbeitertag der Bodenseeuferstaaten fand, wie schon kurz berichtet, am Sonntag in Lindau statt. Die Stadtvertretung hatte sich in richtiger Würdigung der Bedeutung des Tages der Ansicht nicht verschließen können, daß einiges Entgegenkommen auch den Vertretern der „roten“ Partei gegenüber angebracht sei. So konnte der Gewerkschaftsverein den städtischen, einzig schon

hier auf einer freien Stelle bräutete man einen Teppich aus, auf welchem die Schachspieler wie Schachmänner Platz nahmen. Blauke hatte den Rest der Figuren aus dem Kartenzettel und stellte sie in einer Art von Schachlinie auf.

Sigognac, an irgendeiner Stelle gestanden, bewunderte die gute Arbeit der Komposition, um jedoch die Blauke bewunderte ihn. Sie fragte, ob er die Figuren aus dem Kartenzettel auf den Boden über, um aus seiner Wärme zu erhitzen, wobei eine leichte Wärme fühlbar wurde.

Während die Kompositionen sich, hatte ich michmals ein seltsames Geräusch hören lassen. Es war immer wieder, als wenn ein heftiger, dumpfer Sturm die Figuren jagte.

„Es ist eine Schlange“, rief Scapin. „Ich werde sie für den Teufel.“

„Bei dieser Temperatur“, sagte Scapin, „sollen die Schlangen im Winter schlafen.“

„Aber bei Nacht“, sagte der Baron. „Es mag etwas anders sein. Sagt Euch nicht schon.“

Scapin hatte als er das Geräusch hörte, sein Ohr angesetzt und blickte nach der Seite, woher das Geräusch kam. Er sah ein seltsames, weißes, schlangenförmiges Wesen, welches aus dem Boden hervorkam; zwei Gläser folgten ihm.

„Nun — ein seltsames Wesen“, sagte Scapin. „Der Herr hat ja doch ein Auge.“

Er schob sich bei diesem Worten und ergriffte sich, indem er sich langsam einem Publikum beugte. Der Herr schob sich auch langsam dem Publikum entgegen, während er sich langsam dem Publikum zuwendete. Er schob sich langsam dem Publikum zuwendete, während er sich langsam dem Publikum zuwendete.

streifen. Der Herrschick war tot, die Säule stüchelten schreiend.

„Gruß Scapin“, rief alles. „Du hast gut gespielt. Dieser Herrschick hat uns gerettet, wie seine Vorfahren das Kapitol.“

Donarda schloß die Hand und riefte ihn kühn an. Scapin, Barber und der Tyrann suchten über sich hinweg zu gehen. Scapin schloß mit seinem Messer einen Kreis, der den Herrschick bilden sollte, dann stellte er zwei Stühle als Feuerbänke auf, mit Hilfe stützter Hände voll Stroh ward Feuer angezündet und nicht nur allein der Herrschick gebraten, sondern auch die frierende Gesellschaft erwärmte.

Alle richteten lustig ihre Augen auf den Baron hin. Scapin hatte aus dem Wagen einige Zigarrenstücke hervorgeholt und auf einer derselben ward die Gans zerlegt, es wurde in Stücke zerlegt zu werden. Man zerlegte den Baron in gleiche Teile und das so schnell eroberte Mittagmahl mundete allen auf beste. Nach beendigtem Schmause sagte der Tyrann:

„Es wäre angemessen, aber was zu sprechen. Was beginnen wir? Meine Kasse besitzt aus drei bis vier Pistolen, unterer Truppe hat zwei wichtige Mitglieder verloren, den Ratamore und Zebine, auch können wir nicht unter freiem Himmel den Baron Komödie verspielen. Unter freiem Himmel aus der Offenbarung St. Johannes zu stammen, ehe wir nach Poitiers kommen, heißt es an der Straße liegen.“

„Und die Mittel gegen ein solches Unheil?“ fragte der Baron.

„Mein Rat ist der“, sagt der Tyrann fort, „in dem nächsten Dorfe, wo wir kommen, wird man uns wohl eine Schenke anbieten, in der wir unser Theater aufspielen können. Scapin schlägt vor, der Herr die Truppe und verpackt den Baron, damit ein wenig als Jagdgesellschaft Schen-

spiel, mit der Erlaubnis, statt des Eintrittsgeldes Naturprodukte zahlen zu dürfen, als: Hühner, Schinken, Hammelsteak, Eier und dergleichen, das ist der Preis für den ersten Platz, Brote oder Äpfel erhalten den zweiten Platz. Die Bauern geben so etwas viel lieber als Geld und wenn unser Wagen gut imstande ist, dann haben wir Kraft, Poitiers zu erreichen, wo ich gute Freunde besitze, die mir gern borgen.“

„Aber welches Stück spielen wir im Dorfe?“ fragte Scapin. „Tragödien sind für die Bauern nichts. Man muß ihnen etwas Lustiges vorführen. Derbe Witze, begleitet mit Lachen, Singen und Fußtritten. Lebt Ratamore noch, so wären die „Probleme des Capitain Ratamore“ das beste Stück.“

Nach dieser Rede Scapin's gab Sigognac ein Zeichen, daß er zu sprechen wünsche. Eine gewisse Bewegung zauderte die flüchtige Note auf seine Wangen, als er begann: „Ich besitze freilich nicht das Talent des armen Ratamore, dennoch will ich, da ich fast ebenso mager bin, als er es war, seine Rollen übernehmen. Ich mag nicht ferner mit Euch ziehen, nur um in Eurer Mitte die guten Stunden zu verleiden, ich will mit Euch auch das Mißgeschick teilen, ich will Euch helfen, es zu zerstreuen, nicht wie ich als einer der Eurigen. Mein einst so ruhmvoller Name ist in Vergessenheit geraten. Ich verne mich nicht mehr Sigognac.“

Fiabella wollte den Baron durch eine leichte Verührung unterbrechen, aber Sigognac nahm keine Rücksicht darauf, sondern fuhr fort: „Ich entführe mich meines Barontitels und versetze ihn in die Tiefen des Mantelfasses. Gebt ihn mir nicht mehr. Ich folge dem Ratamore nach und werde als Korpnamen den Namen Kapitän Feacasse führen.“

(Fortsetzung folgt.)

gelegenen Schützengarten als Festplatz bestimmen. Vormittags fand eine Delegierten-Versammlung statt, in der u. a. die Schaffung eines Arbeitersekretariats in Konstantz beschlossen wurde. Als sich aber nachmittags halb 3 Uhr der Festzug formierte, da konnte man erst einen Ueberblick über die große Schaar der Erschienenen gewinnen; es waren die Arbeitervereine von Bregenz, Dornbirn, Lustenau, Hard (gleichzeitig mit ihrer Festmusik), Hohentens, Fährbach, Bludenz, Rankweil, St. Gallen, St. Margrethen, Rorschach, Arbon, Romanshorn, Steeborn, Konstanz, Radolfzell, Ueberlingen, Friedrichshafen und Singen vertreten, während Rempten und Mürren große Deputationen entsandt hatten. Es mögen wohl an die 1200 Teilnehmer mit nicht weniger als 15 Fahnen in dem imposanten Zuge gewesen sein, der sich durch die Straßen der Stadt zum Festplatz bewegte. Wohl verhielt sich die Einwohnerschaft dem Festzuge gegenüber vollständig neutral und es war wohl mehr Neugierde als Sympathie, was den festlich gestimmten Teilnehmern entgegengebracht wurde. Trotdem gab es nirgends eine Störung. Nach einer Musikleitung richtete Genosse Ammon herzliche Worte der Begrüßung an die Festversammlung, und kurz darauf bestieg Reichs- und Landtags-Abgeordneter von Bollmar, stümisch begrüßt, die Rednertribüne, um den Zweck des Festes zu erläutern und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung darzulegen. Dann begann das Volksfest, das überaus flott verlief.

Die sozialistische Partei Frankreichs (Gruppe Guesde-Beillant) hält ihren diesjährigen Kongress am 9., 10. und 11. August in Lille ab. Außer den üblichen Berichten des Sekretärs, der Fraktion usw. stehen folgende Punkte auf der Tagesordnung: Der internationale Kongress von Amsterdam; das Verhältnis zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation des Proletariats; der Primar-Schulunterricht.

Spanische Schlachzigenwirtschaft. Wie schamlos jeder Versuch der spanischen Landarbeiter, ihre Lage zu verbessern, von den Behörden, Gendarmerie und Grundbesitzern niedergewühlert wird, darüber entnehmen wir dem „Socialista“ folgende Darstellung: Die Arbeiter von Albarca (Provinz Toledo), die in harter Landarbeit den enormen Lohn von etwa 50 Pfg. pro Tag verdienen, verlangten eine Zulage von 15 Pfg. Kaum hörte dies der Bürgermeister, versammelte er die Grundbesitzer, und jeder mußte sich durch seine Unterschrift verpflichten, die Forderungen der Arbeiter nicht zu bewilligen; alle Zuwiderhandlungen würden eine empfindliche Geldstrafe nach sich ziehen. Die Arbeiter Albarcas luden darauf sämtliche Genossen der Provinz Toledo zu einer Versammlung ein; doch als dieselben anlangten, wurden sie von der Polizei in Empfang genommen und ihnen bedeutet, sie möchten sofort wieder dahin gehen, wo sie hergekommen wären, ohne ihnen zu gestatten, sich auszuruhen noch Nahrung zu sich zu nehmen, geschweige denn, mit ihren bedrängten Genossen zu beraten. Als die Genossen dennoch versuchten, eine Versammlung abzuhalten, wurden die Vorführer in der schimpflichsten Weise gefesselt und von der Polizei unter Schmähungen und Beleidigungen ins Gefängnis abgeführt. Darauf führte man die Gefangenen 30 Kilometer weit durch das Land, damit den Landarbeitern die Lust zu allen weiteren Demonstrationen vergehen sollte. Nachdem der Bürgermeister dieses Heldentat vollbracht hatte, ging er in Begleitung des Stadtrichters und zweier Zivilpersonen in die Häuser der Genossen, ließ diese notieren, ihnen die Waffen abnehmen und bedrohte sie mit barbarischen Strafen, falls sie nicht von ihrem Vorhaben Abstand nehmen wollten. Ein Arbeiter, der hergegen protestierte, wurde sofort gefesselt, nach dem Rathaus abgeführt und dort längere Zeit gefangen gehalten. Den Krämer und Bäckern des Ortes wurde anbefohlen, den auswärtigen Arbeitern nichts zu verkaufen. — Unter diesen Umständen ist es wirklich nicht verwunderlich, wenn die spanischen Arbeiter den anarchistischen Ideen so leicht zugänglich sind und dann in ihrer Verzweiflung gelegentlich zu dem Mittel der Gewalt greifen.

Aus Nah und Fern.

Die Verbreitung der Lepra (Ausfall) im Deutschen Reich ist, wie die „Neue politische Correspondenz“ mitteilt, nach den amtlichen Ermittlungen während des Jahres 1903 nicht unwesentlich zurückgegangen. Die Zahl der Ausfallkranken belief sich gegenüber 32 im Vorjahre, nur auf 25. Betroffen sind Preußen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Elsaß-Lothringen. Bayern ist wieder frei von der Lepra.

Genesende-Sklaverei. Vom Landgerichte Allexstein ist die Realschullehrerfrau Lina Kuhn wegen Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung zu drei Monaten 2 Wochen Gefängnis und wegen Beleidigung zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Schlossermeisterstochter Michaela war bei ihr als „Stütze“ in Stellung. Sie hatte, bei vier Kindern, alle Arbeiten zu besorgen, da kein Dienstmädchen gehalten wurde. Die Stuben mußten täglich dreimal trocken und zweimal naß gereinigt werden. Die Küche mußte aus den fünf Defen mit einem Spießel herausgenommen werden. Alle Abende mußte die M. der Angeklagten das Haar kämmen, einmal sogar fünf Stunden lang. Dadurch wurde der M. viel Schlaf entzogen. Als sie eines Abends infolge übergroßer Anstrengung Brustschmerzen bekam und zu Bett gehen wollte, gab ihr die Angeklagte kein Abendbrot, da „wer krank sei, nicht essen dürfe.“ Als die Angeklagte bei der M. Geld fand, nannte sie sie eine Spitzbübchen, was die M. sich verbat. Einmal gab ihr die Angeklagte auch einen Schlag ins Gesicht. Frau Kuhn gab der M. das Essen, welches die Kinder übrig ließen und verhinderte sie, an ihre Eltern zu schreiben. Dreimal schloß sie die M. mit den Kindern ein, wenn sie nachmittags ausging. Infolge langen Stehens im Wasser beim Säubern, bekam die M. Frostbeulen. Der Arzt verordnete Unterbringung im Krankenhaus. Da der Vater seit Weihnachten keine Nachricht von seiner Tochter erhalten hatte, bot er die Polizei um Auskunft und verlangte dann von der Angeklagten seine Tochter wieder. Nach längeren Verhandlungen entließ die Angeklagte das Mädchen, behandelte sie aber noch im letzten Moment roh. Darin hat das Gericht die Nötigung erblickt. Auf einen Brief des Vaters nannte die Angeklagte die Familie der M. in Gegenwart der M. „fisches Pack“. Die M. war in gesundem Zustande zu der Angeklagten gezogen, aber körperlich und geistig geschwächt

verließ sie den Dienst. Die Angeklagte hatte gegen das Urteil Revision eingelegt und war zu deren Vertretung persönlich vor dem Reichsgericht erschienen. Ihre Verteidigung ging darauf hinaus, daß nicht Körperverletzung, sondern „kraftlose Züchtigung im Sinne der Gesindeordnung“ vorliege. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision.

Allzureicher Kinderfegen. Aus Kirschweh schreibt man dem „Dien. Anz.“: „Eine seltene Ueberraschung bereitet der Storch einem jungen Ehepaar in Baranow (Kreis Kemmen, Provinz Posen), indem er demselben als ersten Familienzuwachs sechs Jungen auf einmal bescherte. Jeder von ihnen wiegt 1 1/2—2 Pfd. Die junge Mutter und die Sprößlinge befinden sich den Umständen nach wohl. Als die Nachbarn von diesem seltenen Fall erfahren hatten, kamen sie in Scharen herbei, um Glück zu wünschen. Es wurde sogar unermittelt der Kaiser telegraphisch von diesem ungewöhnlichen Ereignis benachrichtigt.“ — Was wird nur der Reichskanzler zu dieser Fruchtbarkeit sagen?

Als „Ausfluß einer unerhört rohen Gesinnung“ bezeichnete in der Sitzung des Kriegsgerichts der 7. Division in Magdeburg der Anklagevertreter die barbarische Tat des Sergeanten König (2. Komp. 66 Inf.-Reg.) L. hatte sich ebenso wie die Unteroffiziere Graß und Klage wegen Mißhandlung Untergebener und vorzüglichswidriger Behandlung zu verantworten. Der Sergeant hatte nach der „Frankf. Ztg.“ dem Musketier Holländer, „um ihm das Tabakrauchen abzugewöhnen“, befohlen, den Kautabak, den er im Munde hatte, auszuspeien und wieder zu kauen! Das geschah vor versammelter Mannschaft, die sich nicht rühren durfte! Der Sergeant ließ alsdann, um die Grausamkeit zu erhöhen, auf Kosten des sich vor Ekel fast erbrechenden Soldaten noch 2 Rollen Kautabak holen, zwang den S., der sich nicht rühren durfte, beide Rollen in den Mund zu stecken, zu kauen und den Tabak fortwährend von links nach rechts und umgekehrt im Munde hin- und herzuschieben! Der Musketier erlitt fast an der schmerzlichen Prozedur, ihm wurde übel und verzweifelt hat der Arzmeist den „Vorgesetzten“, schnell austreten zu dürfen. Die Bitte wurde ihm wiederholt barsch abgeschlagen. In seiner Not spuckte der Arzmeist den Tabak aus, worauf der Sergeant mit Hilfe der Unteroffiziere denselben abwusch und ihn von S. aufs neue kauen ließ!!! Damit sich der Soldat mit dem Tabak im Munde nicht erbrechen, band ihm der Sergeant höhnisch lächelnd seine — Bartbinde auf den Mund! Aber im nächsten Augenblicke mußte sich der Arzmeist, blaurot im Gesicht, wiederholt übergeben, er wurde bewußtlos und brach zusammen. Seine drei Peiniger ließen ihn schmerzlos liegen, so daß Kameraden des S. aus der Reihe traten, die den Unglücklichen entlebeten und ihn zu Bett brachten. S. wurde derart krank, daß er tagelang vor immer wiederkehrendem Ekel nichts essen konnte. In der Verhandlung operierten die Angeklagten mit der famosen Ausrede, sie hätten mit der Prozedur nur „erzieherisch“ (!) wirken wollen. Der Anklagevertreter aber verbat sich energisch solcherlei Erziehungsmaßnahmen und beantragte nach obigem Ausspruch sechs Monate Gefängnis und Degradation, gegen die Unteroffiziere als Mithelfer je 4 Wochen Mittelarrest. Das Gericht verurteilte den Sergeanten König zu 2 Monaten Gefängnis und die Unteroffiziere zu je 14 Tagen Mittelarrest. Auch in der Urteilsbegründung hieß es, daß die Tat eine sehr barbarische gewesen sei. Aber auf Degradation wurde trotzdem nicht erkannt!

Erstklassige Heldentaten. Freiherr Kurt von Bodenhausen, der bekanntlich vor der Bahnhofschlacht in Hannover Schützen zum Parademarsch aufforderte und dann in schwergeleadener Stimmung der Wächter der Ordnung umzubringen drohte, blickt nach der „Sächsl. Arbeiterzeitung“ schon auf eine Reihe ähnlicher „Heldentaten“ zurück. Als er 1901 einen ahnungslosen Passanten zum Krüppel schlug, diktierte man ihm zwei Jahre Gefängnis zu. Der Freiherr wurde bald begnadigt und belandete seine Gemeingefährlichkeit dann gleich darauf aufs neue, indem einen seiner Freunde mit einer Champagnerflasche bearbeitete. Der Scherz kostete ihn 300 Mk. Seine Heldentaten auf dem Bahnhof werden dem erstklassigen Rowdy wahrscheinlich etwas teurer zu stehen kommen.

Der Polizeiwachmeister als Raubmörder. Ueber den Raubmord, den, wie bereits berichtet wurde, der Polizeiwachmeister Schramm zu Crotenedorf im Erzgebirge an dem dortigen Kassenbeamten Diez verübt hat, entnehmen wir der „Leipz. Volksztg.“ noch folgende Einzelheiten: Es war für Sonnabend abend 8 Uhr eine Sitzung des Sparkassenausschusses einberufen worden, bei der der Kassierer Diez als Protokollant anwesend zu sein hatte. Als eine Stunde nach Beginn der Sitzung der Kassierer noch nicht zugegen und alles Suchen nach ihm vergeblich war, begab sich der Gemeindevorstand persönlich nach dem Gemeindeamt, um dort Nachforschung zu halten. Das Amtsgelände war jedoch verschlossen. Die Gattin des Wachmeisters wurde bei ihren Eltern betreten. Der Gemeindevorstand war eben im Begriff, durch ein Fenster einzusteigen, als der Wachmeister zurückkehrte und die Haustür öffnete. Als dem Gemeindevorstand manches verdächtig vorkam, entfernte sich der Wachmeister plötzlich und verschloß die Haustür, so daß der Gemeindevorstand mit seinen Begleitern eingeschlossen war. Man durchsuchte nun das ganze Amtsgelände und sprengte die verschlossene Tür zum Amtszimmer auf. Dort waren Blutspuren zu bemerken, und man sah, daß auf dem Fußboden eine Blutlache aufgetrocknet worden war. Auch stand noch ein Gefäß mit durch Blut gefärbtem Wasser da. Man ging den Spuren nach und fand schließlich im verschlossenen Abort den Leichnam des Gemeindefassierers. Durch die amtliche Untersuchung wurde festgestellt, daß die Mordtat mit einem Messer ausgeführt worden war, das mit Blut bedeckt in einem Regal gefunden wurde. Der tödliche Schlag ist mit dem Weitrücken ausgeführt und dadurch die Hirnschale zertrümmert worden. Hierauf hat der Mörder seinem Opfer noch zwei weitere Schläge mit dem Weitrücken versetzt, denen er noch drei weitere Schläge mit der Schneide des Messers folgen ließ. Auch eine mit Blut befleckte Schürze wurde vorgefunden, die der Mörder bei Begehung der Tat über der Dienstanform getragen hatte. Nach dem Ergebnis der weiteren Untersuchung ist der Mord im Amtszimmer verübt und der Leichnam von dort erst die Treppe hinauf in den Abort getragen worden. Was der unglückliche Kassierer nach Diensthinweis in dem Amtszimmer gewollt, ob er unter

einem Vorwande dorthin gelockt wurde, ist noch ein Rätsel. Auf den Mordmörder war schon vor ungefähr fünf Jahren der Verdacht gefallen, aus der Gemeinde-Exposition mittels Einbruch gegen vierzig Mark gestohlen zu haben, durch den damaligen Gemeindevorstand Weigel (derselbe, der später als Oberhaupt von Großschöbau viele Tausende Mark unterschlagen hatte und gegenwärtig noch im Gefängnis sitzt), wurde er aber in Schutz genommen. Der ermordete Kassenbeamte war 26 Jahre alt und wollte dieser Tage seine Verlobung feiern. Der Mörder, der sich bekanntlich später selbst entleibt hat, hat aus der Kasse 5763,14 Mark geraubt; doch ist das Geld, bis auf einen geringen Betrag, bereits auf dem Kirchhofe verstreut vorgefunden worden.

Der Sport in Deutschland voran! Ueber die Annehmlichkeiten, die das Gordon-Bennettrennen für die Bevölkerung von Homburg und Umgegend mit sich brachte, wird der „Tägl. Rundschau“ von dort geschrieben: „Schon seit Wochen konnte die Rennstraße ohne Lebensgefahr nicht mehr benutzt werden, da die Rennfahrer dort . . . trainierten. Man war genötigt, auf schlechten Wegen mit großen Zeitverlusten sein Ziel zu erreichen. . . Am Sonntag selbst war durch Drahtzäune und Posten die Straße in zwei Hälften zerrissen, die miteinander nicht verkehren konnten. Der Arzt konnte nicht zu den Kranken, der Bauer konnte nicht zu seinem Acker gelangen, Geschäftsleute und Beamte konnten ihren Geschäften nicht nachgehen.“ — Die Diktatur des Automobilclubs scheint demnach mit nicht minderen Schrecken verknüpft zu sein als — nach den Angstvorstellungen des bürgerlichen Spießertums — die Diktatur des Proletariats.

Die Gewirren im Sultanspalaste. Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Konstantinopel mitgeteilt wird, ist der frühere Schwiegerjohn des Sultans, Kemal Eddin, wegen seines Ehebruchs nach Brussa verbannt worden. Sonnabend nahm ein Bataillon unter dem Kommando des Marschalls Scheffer Pascha im Innern des Sultanspalastes Aufstellung und es sollte die Degradation Kemal Eddins vorgenommen werden. In demselben Augenblicke machte die Prinzessin Natme, die frühere Gattin Kemal Eddins, einen Fußfall vor ihrem Vater, wobei sie denselben ansah, mit Rücksicht auf ihre zwei Kinder von der entehrenden Degradation abzufahren. Der Sultan befahl in folgedessen Kemal Eddin den Marschallsrang und seine Bezüge. In Brussa wurde ein Konak für Kemal Eddin gemietet. Er wird vom Major Mustafa Bey und zwei Leutnants begleitet, die für ihn verantwortlich bleiben.

Kindermord mit behördlicher Duldung. Großes Aufsehen erregen, wie aus Tomel geschrieben wird, die Publikationen des soeben aus Sachalin zurückgekommenen Doktors Buitoff bezüglich der Mißwirtschaft in Zentral-Sibirien. Dr. Buitoff stellt nach der „Berl. Ztg.“ fest, daß unter den Sträflingen — es handelt sich selbstverständlich nur um Kriminalverbrecher, nicht etwa um politische — der Kindermord eine von Behörden geduldet Gewohnheit und Sitte geworden ist. Sobald ein Gefangenentransport in den Stationen ankommt, werden die Männer und die Frauen in Reihen aufgestellt und die Männer suchen sich eine Frau aus, mit der sie dann in wilder Ehe leben. Aus diesen wilden Ehen gehen natürlich viele uneheliche Kinder hervor. Diese werden sofort nach der Geburt hingerichtet. Die Frauen behalten meist nur das erstgeborene Kind. Die Mörder werden von den Behörden als Totgeburtensstillschweigend geduldet. Nach Dr. Buitoff sind nicht weniger als 18 Kinder innerhalb einer Woche auf diese Art hingerichtet worden und in den Kirchenbüchern stehen diese Morde als „Unfälle“ bezeichnet.

Die Sprengwirkung eines Blitzes ist kürzlich unter merkwürdigen Umständen beobachtet worden. Ein 15 Meter hoher Nadelbaum, eine Himalaya-Edel, stand dicht neben einem Hause. Die Insassen des Hauses sahen dem eingetretenen Gewitter von einem Fenster aus zu, von dem jene Edel nicht sichtbar war, dagegen eine nur etwa 10 Meter weiter abliegende Araucaria. Plötzlich zeigte sich auf letzterer eine eigentümliche Feuererscheinung, als ob ein Schwärmer durch die Zweige niederging und sie zu Boden drückte. Gleichzeitig erfolgte ein fürchterliches Getöse wie von 1000 Pistolenentladungen, was von einem Geräusch begleitet war, als ob die Zweige der Araucaria zusammenknirschten. Unmittelbar darauf flog eine Dampf Wolke aus dem Haus empor, auf dem die beiden bezeichneten Bäume standen. Die Untersuchung ergab, daß der Stamm der Edel vollständig zerföhrt war. Die Spitze war etwa 10 Meter über dem Erdboden abgebrochen und anscheinend gerade heruntergefallen, da sie dicht neben dem Stamm fast senkrecht im Boden saß. Der Hauptteil des Baumes war ungefähr 1 Meter über dem Rasen in zwei Teile zersplittert, die nach rechts und links auseinandergefallen und auch an sich noch zerborsten waren. Die Beobachter bemerkten den eigentümlichen „Schwefelgeruch“, der bei Blitzzschlägen gewöhnlich auftritt, aber an keinem der Bäume waren Spuren von Verbrennungen zu entdecken. Der Vorgang kann sich nur so erklären, daß sich der Saft in dem kräftigen Baum durch die Wirkung des Blitzes in Dampf verwandelt und den Stamm auseinanderprengt. Zimmerhölzlein bleibt das erwähnte Aufsteigen einer Wolke aus dem Rasenplatz merkwürdig. Man sollte nicht verabsäumen, bei Gewittern auf derartige Erscheinungen zu achten und sie an geeigneter Stelle mitzuteilen.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 24. Juni 1904.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 96—102
II. Qualität	87—90
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	80—85
Schlesw. und holl. Bauernbutter	70—75
Russische und ähnliche	88—92
Galizische und ähnliche	—
Simische Waare	—
Amerikanische	75—80

Sternschanz-Viehmarkt.
Hamburg, 24. Juni.
Der Schweinehandel verlief sehr lebhaft. Zufuhr wurden 1610 Stück. Preis: Sengschweine — Mk. Verlandtschweine, schwere 49—50 Mk., leichte 50—51 Mk., Sauen 38—44 Mk. und Ferkel 44—49 Mk. pro 100 Pfund.

Quartettverein Amicitia.
Ausfahrt nach Schwartau
per Bahn
am Sonntag den 26. Juni 1904.
Lokal des Herrn Piquart.
Abfahrt 1 Uhr 40. Einführung gestattet.
Der Vorstand.

3. Stiftungs-Fest
des
Radsfahrer-Vereins „Planet“
zu Fackenburg
am Sonntag den 26. Juni 1904
bei L. Paetan.
Anfang 6 Uhr Eintritt 50 Pfg.
Alle umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.

Sonntag den 26. Juni:
Großes Ringreiten
wozu freundlichst einladet
H. Meyer, Gastwirt
Krempelsdorf.

„Zur alten Lohmühle“
Sente:
Grosses Erdbeeren-Essen
Erdbeeren mit Schlagjähne
do. mit Milch
Erdbeeren-Sowle
sowie täglich frische Erdbeeren.
Fertig 1264. Otto Feick.

Waisen-Hof.
Morgen Sonntag:
— Tanz. —

**Verband der Steinsetzer
und Berufsgenossen Deutschlands**
(Bühlfelle Lübed.)

Einladung zum
BALLO
am Sonntag den 26. Juni 1904
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

**Zentral-Verein
der deutschen Böttcher.**
(Filiäle Lübed.)

Einladung zum
Sommer-Fest
verbunden mit
Damen- und Kindervergnügen
am Sonntag den 26. Juni
im Lokal des Herrn Schiering,
„Travestrand“-Moisling.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
Das Komitee.

Kaffeehaus Moisling.
Sente Sonntag:
Gross. Ringreiten.
Schön geschützter Garten.

**Oeffentliche
Schuhmacher-Versammlung**
am Dienstag den 28. Juni 1904
abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Die Beschlüsse der Generalversammlung des
Verein deutscher Schuhmacher in Berlin.
Referent: Kollege C. Schanburg-Hamburg.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen eruchtet
Der Einberufer.

Gothmunder Treibelfest
am Sonntag den 26. u. Montag den 27. Juni.
Für junge und gebildete Mal wird bestens gesorgt.
Dampfschiffahrt an beiden Tagen.
Abfahrt vom Travestrandpavillon von 2 Uhr an pünktlich.

Travemünde.
Allen Freunden und Bekannten, Klubs und Vereinen bringe meine Gastwirtschaft sowie meinen neu renovierten Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten in gütige Erinnerung.
Gust. Kähler, Torstraße 42.

Central-Hallen.
Dankwartsgrube 20-22.
Jeden Sonntag von 4 bis 2 Uhr:
Großer Tanz in beiden Sälen
Konzerthaus Flora.
Jeden Sonntag: Tanzkränzchen. Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei.

Bewerbsbedingungen für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Anzeigen, Lübed und Radsberggebiete sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen:
Ulrich Friedrich. — Verantwortlicher Redakteur für die Anzeigen, Lübed und Radsberggebiete sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellingsma.
Verleger: Theodor Schwart. — Druck von Friedr. Meier & Co. — Sämtliche in Lübed.

**Kolonialwaren
und
Hausstand-Artikel.**

Holzlöffel	Stück 4 Pfg.	Sagomehl	Pfund 24 Pfg.
Fleischklopfer	Stück 18 Pfg.	Reismehl	Pfund 14 Pfg.
Quirl	Stück 13 Pfg.	Kartoffelmehl	Pfund 15 Pfg.
Butterstecher	Stück 5 Pfg.	Maismehl	Pfund 22 Pfg.
Schinkenteller	Stück 10 Pfg.	Paniermehl	Pfund 18 Pfg.
Gurkenhobel	Stück 60 Pfg.	Waschpulver 1 Pfund-Pak.	10 Pfg.
Wichskasten	Stück 24 Pfg.	Bleichsoda	Paket 9 Pfg.
Putzkasten	Stück 28 Pfg.	Prima Fruchtsäfte	
Gewürzschränke	Stück 45 Pfg.	1/2 Fl. 90 Pfg. 1/2 Fl. 48 Pfg.	
Messerkasten	Stück 20 Pfg.	Gem. Zucker	Pfund 18 Pfg.
Handtuchhalter	Stück 40 Pfg.	Gelb Farin	18 Pfg.
Schaukeln	Stück 28 Pfg.	Kristall-Zucker	

Salatiären weiß gereift Saß 4 Stück 55 Pfg.
Weisse Teller flach und tief 3 Stück 23 Pfg.
Weisse Tassen (fein Ausschuß) 3 Paar 25 Pfg.
Zitronenpressen Stück 15 und 11 Pfg.
Wassergläser Stück 10, 8 und 6 Pfg.
Kinderbecher weiß und bunt Stück 9 und 8 Pfg.

Diverse Tassen, Milchtöpfe, Zuckerchalen,
Kaffeefervice, Tafelfervice, Waschs-service etc.
enorm billig.

Warenhaus Hansa
A. Wagner & Co.

Kolosseum
Sente Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
Eintritt frei.
W. Dassler.
Restaurant Hednagel.
Geninerstrasse 30.
Morgen Sonntag:
Tanz-Kränzchen.
Aug. Recknagel.
Geellschaftshaus Adlershorst.
Morgen Sonntag:
Tanz-Kränzchen.
Louisenlust.
Sente Sonntag:
Große Tanz-Musik.
Eintritt frei. Anfang 4 Uhr.
W. Glaz.
Einsegel
Jeden Sonntag:
Große Tanz-Musik.
Chr. Koch.
Wakenitz-Bellevue.
Sente Sonntag:
Freies Tanz-Kränzchen.
H. Furböster.

Friedrich-Franz-Halle
Sente Sonntag:
Familien-Kränzchen
Gustav Glöde.
Vereinshaus.
Morgen Sonntag
in den Gaststuben:
Unterhaltungs-Musik.
Kalte u. warme Speisen.
Zoologischer Garten
Lübeck.

Lübeck.
Sonntag den 26. Juni:
Großes Garten-Konzert
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Eintritt: Erwachsene 30 Pfg.
Kinder 15 Pfg.
Vereinen und Gesellschaften stelle zur Abhaltung von Festlichkeiten die neue große Halle (500 Personen fassend) sowie Garten an Wochentagen zur Verfügung.
W. Grammerstorfer.
Brauerei Fackenburg.
Sonntag den 26. Juni 1904:
Grosses Garten-Konzert.
angef. v. d. Stadtkapelle, Kapellmeister C. Jacob.
Anderwähltes Programm.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg. Progr. gratis.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt. — Ausschank von Tafel- und Lagerbier, sowie Kapuzinerbräu in vorz. Qual.